JÜDISCHE WOCHENSCHAU

PUEYRREDON 2190 — 1º izq.

La Semana Israelita

T. E. 83-2613

Año XXVI. BUENOS AIRES, VIERNES 5 DE FEBRERO DE 1965 Nº 2102

Der Gewinner von Kairo

von B. B. SAMUEL

Erstmalig im Deutschen Bundestag wurden Fragen über den „Preis" formuliert, den Nasser für seinen Besuch in Westdeutschland gefordert haben soll. Aussenminister Schröder stellte derartige Gespräche und Abmachungen in Abrede. Immerhin ist es in diesem Augenblick interessant, dass sich die arabisch-israelische Kontroverse um die Probleme der deutschen Politik rankt. Ohne Zweifel haben die Deutschen auch versucht, — ähnlich Nasser —, auf verschiedenen Hochzeiten gleichzeitig zu tanzen, wobei sie vielleicht mit gutem Grund davon ausgehen, dass sie das Recht haben, sowohl an Israel wie an die Araber Lieferungen vorzunehmen, Entwicklungshilfen zu leisten oder in Beziehungen zu treten, ohne dass diese Haltung und Politik der Genehmigung eines anderen Partners bedürfe. —

In den letzten Tagen fanden in verschiedenen nordamerikanischen Städten Demonstrationen gegen die deutsche Botschaft und deutsche Konsulate statt, die von jüdischen Organisationen aus Protest gegen die deutschen Techniker in Aegypten veranstaltet worden waren. Auf der anderen Seite greifen wiederum die arabischen Politiker die Deutschen an, weil sie Waffen an Israel liefern. Hiermit wäre aber das Bild der verworrenen wechselseitigen Verbindungen und Gegensätzlichkeiten noch nicht vollständig, würde man nicht auf den neuesten arabischen Schachzug hinweisen, der darin besteht, den ostdeutschen Ullbricht nach Kairo einzuladen. Hier werden die Bundesdeutschen an einer wunden Stelle getroffen, denn dieses Vorgehen der Araber könnte zu einem Verstoss gegen die berüchtigte Hallstein - Doktrin führen. Der Sinn dieser politischen Norm besteht darin, dass die Bundesrepublik mit dem Land die Beziehungen abbricht, das diplomatische Beziehungen zu Ostdeutschland aufnimmt.

Die ‚deutsche Frage' wird in ihrer ganzen Breite in die Diskussion zwischen Bonn und Kairo hineingezogen. Schon sind die Polen auf den Plan getreten und erklärten, zu Verhandlungen über die deutsche Frage könne man überhaupt erst gelangen, wenn Bonn die Oder-Neisse-Grenze anerkennen würde. Diese Grenze, die von der Regierung in Bonn nicht anerkannt wird, bezeichnet die Regierung in Pankow als ‚Friedensgrenze'...

Während also dieser Kampf um die Anerkennungen und Grenzprobleme, um diplomatische Beziehungen und Lieferungen quer durch die sich widersprechenden Interessen der europäischen Ost- und Westmächte verläuft, hat ein anderer Machtkampf in der ‚Dritten Welt' einen überraschenden Ausgang genommen. In Kairo versammeln sich nicht allein die arabischen Länder, deren laute Deklarationen gegen Israel Propagandastoff liefern. Dort versuchen auch die sogenannten blockfreien Länder zu neuen Konstellationen und Entscheidungen zu gelangen. Heute geht es nicht mehr um einen Machtkampf zwischen dem Westen, den Amerikanern, und dem Osten, d. h. den Russen. Als dritter Faktor ist China hinzugekommen.

Auf einer der letzten Zusammenkünfte protestierte der indische Ministerpräsident Shastri gegen den geplanten chinesischen Atombombenversuche. Indien ist der volkreichste blockfreie Staat mit seinen 500 Millionen Einwohnern. Aber niemand unterstützte Indien bei diesem Antrag gegen China, obwohl einige Jahre zuvor ein ähnlicher Antrag gegen Russland durchgegangen war. Nur ein Staat stimmte mit Indien, nämlich Cypern (mit seinen 500.000 Einwohnern). Diese ablehnende Haltung gegen Indien mögen die Folgen der von Nehru betriebenen Machtpolitik sein, zeigen aber auf der anderen Seite deutlich, welche Position heute China in diesem Völker-Konzert bekleidet.

Es gibt aber noch andere Motive, die dem Aussenstehenden die Mentalität der ‚farbigen' Völker erläutern. Russland und Amerika sind für sie die klassischen Machtblöcke. China ist ein neuer Faktor, ein Stück ihrer selbst; so jedenfalls empfinden es viele. Deswegen sind die Chinesen als die eigentlichen Gewinner aus der Kairoer Konferenz hervorgegangen. Sich lediglich mit dieser Feststellung zu begnügen, wäre leichtfertig. Denn man darf auch damit rechnen, dass die chinesische Position für andere Fragestellungen von Bedeutung werden oder sein wird. Wie weit sie an der Mitwirkung bei der Lösung europäischer Fragen interessiert sind, mag dahingestellt bleiben. Aber es gibt heute keine politische Frage, an der irgendein Land vorbeigehen könnte. Die chinesische Einmischung in die Europapolitik kann ihnen Freunde auf anderen Kriegsschauplätzen schaffen, kann Gegner schwächen, Kräfte binden und neue Kombinationen ermöglichen.

Es soll nicht ganz ausgeschlossen sein, dass China seine Haltung gegenüber Israel einer Ueberprüfung unterzieht. —

UNWANDELBARE FREUNDSCHAFT

Paris. — Nach seinem Besuch bei Nasser in Kairo erklärte der ehemalige französische Premierminister Edgar Faure, dass kein Wandel in der pro israelischen Politik Frankreichs bevorstehe. Gleichzeitig hob er hervor, dass Aegypten die Freundschaft Frankreichs zu gewinnen bestrebt sei. Er fügte hinzu, dass falls sein Land sich entschliessen sollte, Aegypten in irgendeiner Form zu helfen, die Unterstützung keinen militärischen Charakter tragen werde.

Faure besuchte Kairin in Begleitung seiner Gattin, die Jüdin ist. (ITA)

SCHWER BELASTET

von SEM FRANKENSTEIN

Im Prozess gegen den ehemaligen SS-Oberscharführer Klaustermeyer haben vor dem Bielefelder Schwurgericht die ersten Ueberlebenden aus Warschau den Angeklagten schwer belastet.

Der Juwelier Abraham Sandomir schilderte als Augenzeuge, wie Klaustermeyer im Ghetto mehrere Menschen erschossen habe. Es habe keinen Tag gegeben, an dem Klaustermeyer nicht schon vor dem Frühstück einen Juden erschossen habe. Immer dann, wenn Klaustermeyer gemerkt habe, dass sich jemand vor Blut geekelt habe, habe er erneut geschossen. Er habe von vielen Fällen gehört, sagte Sandomir, aber mach so langer Zeit seien ihm nur wenige noch konkret in Erinnerung. Im Grabe werde er sich aber noch an Klaustermeyer als den „üblen Schiesser" im Ghetto erinnern.

Die Zeugin Irina Rojek aus Israel sagte aus, Klaustermeyer habe einer Jüdin das Kind vom Arm gerissen und es auf die Strasse geschleudert. Daraufhin sei die Frau vor Klaustermeyer auf die Knie gefallen und habe um Gnade gefleht. Klaustermeyer sei jedoch hart geblieben. Er habe seine Pistole gezogen und zuerst das Kind und dann die Mutter erschossen. Frau Rojek berichtete ferner, sie habe im Sommer 1942 gesehen, wie Klaustermeyer auf der Strasse mehrere Frauen ergriffen und jede zweite davon erschossen habe.

Ein anderer Zeuge aus Israel sagte aus, in seiner Gegenwart habe Klaustermeyer drei Menschen niedergeschossen, darunter seinen eigenen Rikschafahrer.

Klaustermeyer hat während des Krieges in seiner Heimatstadt Bünde damit geprahlt, eine Reihe Juden eigenhändig „umgelegt" zu haben. Das berichteten zwei Zeugen. Mit Einzelheiten unterstrichen die Zeugen ihre Aussagen. So soll Klaustermeyer damals unter anderem Schmuckstücke gezeigt haben, die er den toten Juden abgenommen hatte. Nach den Zeugenaussagen musste der Angeklagte die Möglichkeit einräumen, dass er in Bünde auch Fotos von erschossenen nackten Polinnen herumgereicht hatte. Zu den Aussagen der Zeugen aus seiner Heimatstadt nahm er jedoch keine Stellung. Schwer belastet wurde Klaustermeyer auch durch den ehemaligen Leiter der Kraftfahrzeugstelle beim Kommandeur der Sicherheitspolizei in Warschau. Der heute in Essen wohnhafte Zeuge bekundete, seine Fahrer hätten ihm berichtet, dass Klaustermeyer „im Ghetto nicht zimperlich sei".

Der 50jährige Handelvertreter Hans Becker aus München sieht sich unversehens in den Bielefelder Mordprozess gegen den früheren SS-Oberscharführer Heinrich Klaustermeyer verwickelt. Becker war plötzlich aus seiner Stammtischrunde heraus verhaftet worden. Inzwischen ist er, wie dort die Staatsanwaltschaft mitteilte, nach Bielefeld überstellt worden.

Klaustermeyer, dem Mord an 20 Juden im Warschauer Ghetto vorgeworfen wird, hatte sich immer wieder auf eine Verwechslung berufen. Nicht er, sondern Becker habe die ihm zur Last gelegten Straftaten verübt. Der Vertreter konnte daraufhin ermittelt werden. Sein Aeusseres weicht in Einzelheiten allerdings von dem Klaustermeyers ab. Becker war auch Gestapo-Mann, gehörte jedoch nicht — wie Klaustermeyer — zm „Judenreferat" in Warschau. Der „Doppelgänger" wird zur Zeit in Bielefeld verhört.

WIE ICH ES SEHE

Tauziehen um den Orient

von JEHUDA GOTTHEIMER

I.

Eine Analyse

Das Tauziehen um den Mittleren Osten geht weiter. Haben diejenigen Recht, die mit einer stoischen Seelenruhe den Ereignissen entgegensehen, ohne sich zu rühren, ohne mit einem beruhigenden oder warnenden Wort einzugreifen, ohne mit aller Klarheit die unabwendbaren Konsequenzen zu verkünden, die ein Friedensbruch in diesem Gebiet nach sich ziehen muss. Haben wirklich diejenigen Recht, die schweigend den Waffenlieferungen, der Aufrüstung und den Anstrengungen zusehen, z. B. die Kongorebellen ganz offen zu unterstützen, obwohl diese Massnahme gegen die gesamte Westpolitik gerichtet ist?

Diese Fragen verlangen eine genauere Ueberprüfung, was umso wichtiger ist, weil gerade für uns und unser Volk von der Antwort vieles oder alles abhängt. Auch bei uns können wir verschiedene Tendenzen beobachten: die einen, die sich in Sicherheit wiegen und auf die unbestreitbaren grossen Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiet und bei der allgemeinen progressiven Entwicklung Israels hinweisen; die anderen, die sich von der vielfach numerischen Ueberlegenheit der Araber beeindrucken lassen, und wieder andere, die durch die ostentative Gleichgültigkeit der westlichen Mächte deprimiert sind. Eine kurze Analyse der Lage dürfte deswegen durchaus angebracht sein.

Wir kennen den Einwand, dass jeder Standpunkt subjektiv gefärbt sei und wohl auch sein muss. Aber das darf wohl niemanden hindern, sich ein eigenes Bild der Lage zu schaffen. Man kann sich um Objektivität bemühen; dass es aber gerade dort, wo es um unsere eigene Sache geht, persönliche, sentimentale und ‚subjektive' Gesichtspunkte immer Einfluss haben, braucht niemand zu bestreiten. Auch ‚subjektive' Urteile haben ihre Bedeutung und verdienen, mit Ernst und Gründlichkeit durchdacht zu werden.

I.

Ein Besuch

Die Regierung der Bundesrepublik hat eine offizielle Einladung an den Präsidenten der VAR (Aegypten) zu einem Besuch in Deutschland gerichtet. „Ausgerechnet die deutsche Bundesregierung, die durch eine unselige Vergangenheit mit dem Wohl und der Zukunft des jüdischen Staates unlösbar verknüpft ist, lädt einen Mann ein, dessen schrankenlose Drohungen gegen Israel uns allzu oft in den Ohren dröhnten und dessen Rüstungs-Anstrengungen den von vielen vermuteten blossen Propagandacharakter seiner Hasstiraden gegen den israelischen Nachbarn nicht recht glauben liessen". —

Das sind Worte aus einem Artikel von Karl Marx in der Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland. Wir wollen hier nicht auf den Hinweis eingehen, dass der Staat Israel mit der deutschen Bundesregierung wegen einer ‚unseligen Vergangenheit' unlösbar verbunden sei. Diese Formulierung ist nicht glücklich gewählt, und wegen der unseligen deutschen Vergangenheit ist Israel bestimmt nicht mit der Bundesrepublik verbunden, schon garnicht unlösbar. Man darf wohl diese Bemerkung nur in der Weise verstehen, dass die Bundesrepublik dem Staat Israel gegenüber wegen der trüben deutschen Vergangenheit zur Nazizeit für immer verpflichtet und gehalten ist, wenigstens den Versuch zu unternehmen, die deutsche Schande durch konstruktive Leistungen zu sühnen.

Marx fordert dazu auf, „das deutsche Angebot (gemeint die Einladung Nassers in einem weiteren Zusammenhang zu sehen, um seine Motive und seine Absichten verstehen und akzeptieren zu können." — Dort heisst es dann weiter:

„Die Bonner Nahostpolitik war in den letzten Jahren nicht ganz ohne eigene Schuld in eine hoffnungslose Sackgasse geraten, aus der es nach Meinung offizieller politischer Persönlichkeiten in der Bundeshauptstadt keinen praktischen Ausweg zu geben schien, solange die Araber mit politischen Repressalien im Falle einer längst fälligen Regulierung der deutsch-israelischen Verhältnisse drohten. Das starre Festhalten an der Hallstein-Doktrin machte die Bonner Inaktivität erklärlich, jedoch nicht verständlich. Die Bundesregierung beschänkte sich auf vorsichtiges Lavieren zwischen den Interessengruppen, eifrig darauf bedacht, niemandem auf die Füsse zu treten und sowohl der israelischen als auch der arabischen Seite die Illusion zu lassen, dass es so unbegrenzt weitergehen könne". —

Vor allem kann es deswegen nicht so weiter gehen, weil zahlreiche deutsche Experten für die ägyptische Rüstungsindustrie arbeiten.

Nun habe die Reise des Präsidenten des Deutschen Bundestages Dr. Gerstenmaier, der in Kairo mit Nasser gesprochen hat, die Hoffnung erwachsen lassen, die Starre Nassers zu lösen. Gerstenmaier ist ohne Zweifel ein Freund Israels, was auch dem ägyptischen Staatschef bekannt ist. Israel-Freund Gerstenmaier dürfte, wie Karl Marx vermutet, dem ägyptischen Diktator klar gemacht haben, dass Deutschland sowohl mti Israel wie mit dem

(Schluss auf Seite 2)

„Ultimatum" der Arabischen Liga

von Kurt Kaiser-Blüth

Die französische Presse hat mit grosser Entrüstung von dem unglaublichen Ansinnen Kenntnis genommen, das das Boykott-Comité der Arabischen Liga unlängst an General Koenig, den Waffenbruder des Generals de Gaulle im Zweiten Weltkrieg gestellt hat.

Pierre Koenig, legendäre Figur des „France Libre", dessen Ruhm vor allem die denkwürdige Schlacht von Bir Hakeim begründet hat und der nach dem Kriege längere Zeit Minister der nationalen Verteidigung in Frankreich war, ist bekanntlich Präsident der „Alliance France-Israel". Das hat die Arabische Liga veranlasst, mit einer Unverfrorenheit ohne Beispiel dem Sieger von Bir-Hakeim ein Ultimatum zu stellen, obwohl sie wissen müsste, dass Pierre Koenig auf Ultimaten sehr sauer zu reagieren pflegt. Das Boykott-Comité verlangte von General Koenig, seiner Präsidentschaft in zwei französischen Petroleumgesellschaften innerhalb von drei Monaten zu entsagen, widrigenfalls die arabischen Staaten alle geschäftlichen Beziehungen zu den beiden Petrole umfirmen abbrechen würden. Das gleiche erpresserische Ansinnen wurde den Firmen selbst gestellt. Dies Ultimatum, so erklärten die Araber weiterhin, bliebe allerdings ohne Effekt, wenn der General von seiner Präsidentschaft in der „Alliance France-Israel" zurücktreten würde.

Der Sieger von Bir-Hakeim, Elsässer und Katholik, ist wegen seiner guten Nerven und seiner souveränen Gelassenheit bekannt. Er tat die Infamie der kairoer Gentlemen mit einem Achselzucken ab und dachte nicht daran, die Propagandisten der Arabischen Liga auch nur einer Antwort zu würdigen. Im französischen Parlament hatte die arabische Provokation heftige Reaktionen zur Folge. 200 Deputierte, die der „Alliance France-Israel" angehören, deren Präsident General Koenig ist, wollten die Angelegenheit im Parlament zur Sprache bringen.

„Le Figaro" hatte in dieser Angelegenheit noch etwas erfahren, was das Vorgehen der Liga noch grotesker und lächerlicher erscheinen lässt, als es ohnehin schon ist. Nach diesem Blatt sollen die Herren der Liga den General Koenig aufgefordert haben, in einer pariser arabischen Gesandtschaft feierlich auf den Koran zu schwören, dass er seine Funktionen als Präsident der „Alliance France-Israel" niederlegen werde. Das Blatt schreibt dazu, dass man es nur mit Mühe wagen könne, diese Prätentionen zu qualifizieren... Man stelle sich den Sieger von Bir-Hakeim im Büsserhemd vor, wie er feierlich, die Hand auf dem Koran, seiner Vergangenheit abschwört.

Ihren immensen Mangel an Takt und guten Manieren gleichen die Herren der Liga und ihres Boykott-Comités offensichtlich durch ein grosses Talent an unfreiwilligem Humor aus!

Tauziehen um den Orient

(Schluss von Seite 1)

Arabern in freundschaftlichen Beziehungen stehen könne.

Jetzt bestünde also, wenn Nasser nach Bonn käme, die Möglichkeit, die von Gerstenmaier begonnenen Versöhnungsgespräche weiterzuführen. Unter diesem Aspekt sei die Nasser - Einladung durch die Bundesregierung zu begrüssen, meint der Herausgeber der Wochenzeitung der Juden in Deutschland.

III.

Kombinationen

Bei nüchterner Betrachtung dieser Ausführungen in einer deutsch-jüdischen Zeitschrift wird man selbst dann zu dem Ergebnis gelangen müssen, dass es sich hierbei um Vermutungen und Spekulationen handelt, wenn man Resjekt vor jeder Meinung hat. Dass Nasser seine Haltung gegenüber Israel aufgrund einer Rücksprache mit Dr. Gerstenmaier ändert, ist nicht anzunehmen, da Nasser weitgehend festgelegt ist und sein gesamtes Prestige aufs Spiel setzen würde, wenn er plötzlich — und eigentlich unmotiviert — seinen bekannten Standpunkt ändert.

Dass die Einladung an Nasser, Deutschland zu besuchen, aus irgendwelchen Gründen erfolgt sein sollte, die mit dem Staat Israel in Zusammenhang stehen, kann niemand annehmen. Dann wäre es wohl weit eher zu erwarten gewesen, dass die Deutschen endlich ihre Rüstungsexperten aus Aegypten zurückziehen, ihren Wiedergutmachungs - Verpflichtungen in ganz anderer Weise als in letzter Zeit nachkommen und einen gangbaren Weg für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel suchen. Dass sich die deutsch-israelischen Beziehungen deutscherseits in den letzten Monaten verschlechtert haben, stellt Marx nicht in Abrede. Umso mehr verwundern die Kombinationen, die sich um die Einladung Nassers nach Bonn ranken.

Natürlich ist es nicht ausgeschlossen, dass ein solcher Besuch Nassers in Bonn auch zu einem Gespräch über die israelische Position führen kann. Möglicherweise wären auch die Deutschen bereit, eine Vermittlerrolle in diesem Konflikt zu spielen. Sie haben dies aber bisher niemals gesagt und erkennen lassen. Immerhin hätte die Bundesregierung hierzu eine Möglichkeit, da sie gewaltige Zahlungen im Rahmen einer Entwicklungshilfe an arabische Länder leistet. Soweit bekannt ist, wurden aber diese Kredite bisher ohne eine Bedingung gewährt, die sich auf die arabische Stellungnahme gegenüber Israel beziehen würde.

Im Augenblick besitzen diese Kombinationen noch keinen realen Wert. Das schliesst nicht aus, dass sich die Lage ändert. —

IV.

Faktor: Unsicherheit

Wer die Lage im Mittleren Osten analysieren will, muss den Faktor einer allgemeinen Unsicherheit in seine Betrachtungen einbeziehen. Die mittelöstlichen Verhältnisse sind nicht stabil. Wieweit man erklären kann, Nasser befände sich in einer gesicherten Position, obwohl er seit Jahren am Ruder ist, mag dahingestellt bleiben. Es ist bekannt, dass es nicht unerhebliche Strömungen in Aegypten gibt, die auf einen Sturz oder eine Machtbegrenzung Nassers hinarbeiten. Die bedrohliche Formen annehmende Wirtschaftskrise fördret solche Tendenzen.

Für die Nassersche Strategie bildet Aegypten nur die Basis seiner Unternehmungen, Projekte und Träume. In seine Pläne sind alle arabischen und sogar alle afrikanischen Staaten miteinbezogen. Nur so ist seine Intervention im Kongo durch Waffen- und Soldatenlieferungen, nur so ist seine Expedition in den Yemen und sind seine sonstigen Schritte zu verstehen, die im Augenblick den Libanon in den Vordergrund stellen, vorher sich auf Syrien und vor allem Transjordanien bezogen.

Die in den verschiedenen Ländern vorherrschenden unsicheren Verhältnisse bringen diese Nasserschen Kombinationen immer wieder ins Wanken. Das hat das Schicksal der ägyptisch-syrischen Föderation deutlich bewiesen, die nach einer kurzen Zeitspanne auseinanderbrach und nur die Fiktion der VAR, der Vereinigten Arabischen Republik, zurückliess, die heute ausschliesslich aus Aegypten besteht.

Inzwischen ist eine Meldung durch die Weltpresse gegangen, dass in Damaskus nicht weniger als acht Todesurteile gefällt worden seien. Die Verurteilten sollen an einem Streik gegen die Regierung teilgenommen haben. Wenn das Streikrecht negiert wird, darf man auf eine rücksichtlose Diktatur schliessen. Denn in jedem freien Land haben die Arbeiter und haben alle anderen das Recht, durch einen Streik ihrer Unzufriedenheit mit irgendeinem herrschenden Zustand oder mit einer Massnahme der Regierung Ausdruck zu verleihen. Aber es dürfte sich bei diesem Fall nicht um einen Streik im gewöhnlichen Sinne dieses Wortes handeln. Denn aus Kairo wird berichtet, dass es sich bei den Verurteilten um eine Gruppe handelt, die den Sturz der Regierung geplant hätte. Da Zensur in Syrien waltet, wird es schwer sein, die volle Wahrheit zu erfahren.

Auch diese Nachricht zeigt die Unsicherheit in den arabischen Ländern, in denen Militärtribunale freigiebig Todesurteile fällen. Unter solchen Bedingungen ist es schwer, eine planende Politik zu treiben. Denn das heutige Regime kann morgen bereits von einem anderen abgelöst werden.

Man kann nur wiederholen, was schon zu wiederholten Malen gesagt worden ist: das einzige Land, in dem die Regierung den Generalstabschef ernennt und nicht der Generalstab die Regierung, ist Israel...

V.

Waffenlieferungen

In den Händen bolivianischer Revolutionäre und kongolesischer Rebellen sind Waffen aus dem Ostblock aufgetaucht. Durch die Strassen von Algier rumpelten Panzer sowjetischer Herkunft in Paradeformation. Auf dem Flugplatz der kambodschanischen Hauptstadt Pnom Penh inspizierte Staatschef Norodom Sihanouk Luftabwehrgeschütze russischer Bauart. Aus Kairo reiste Marschall Amer zur Entgegennahme neuer Hilfsversprechen an Rüstungsgütern nach Moskau. In Neu Delhi verkündete Aussenminister Singh vor dem Parlament, die Sowjetunion habe die Einhaltung der Waffenversprechungen zugesagt. Das sind Meldungen aus wenigen Wochen.

Die Liste ist nicht vollständig, aber sie zeigt, welchen Umfang der Export „in Stahl und Pulver" angenommen hat, mit dem Moskau Neutrale wie Revolutionäre lockt. Die neuen Herren des Kreml sind entschlossen, das Erbe Krutschews auch in dieser Hinsicht weiterzuführen. Wie Krutschew seit bald zehn Jahren, werden auch Breschnew und Kossygin sich als Waffenschmiede der sogenannten ‚Dritten Welt' gebärden. Einige tausend Panzer und Bomber sowjetischer Herkunft sind in der farbigen Welt zum Standard des nationalen Selbstbewusstseins erhoben worden...

So jedenfalls berichten die Zeitungen der westlichen Weltpresse. Diese Nachrichten sind keine Vermutungen, sondern spiegeln Tatsachen wider. Man sollte sich allerdings darüber im Klaren sein, dass mit diesen Feststellungen erst die Voraussetzungen zum Einschreiten gegeben sind. Aber man schreitet nicht ein. Man begnügt sich damit, auf die bösen Russen zu zeigen, was sie alles tun, um die ‚Dritte Welt', und vor allem die arabischen Länder, aufzurüsten.

Durch diese aufpeitschende Art der Berichterstattung wird jedoch kein klares Bild vermittelt. Wollen die westlichen Länder damit etwa behaupten, dass aus ihren Waffenschmieden an alle die genannten Länder und an viele andere mehr keine Waffen geliefert werden?

Rollen wirklich nur sowjetische Panzer durch Algiers Strassen. Beeilte sich Marschall Amer aus Kairo nur zur Empfangnahme russischer Rüstungshilfe?

Die Amerikaner, die Briten, die Franzosen, die Deutschen sahen dieser russischen Geschäftigkeit und Geschäftstüchtigkeit tatenlos zu? Hat Nasser nicht auch so viele amerikanische Waffen bekommen, wie er wollte?

Auf diese Fragen wurde keine Antwort gegeben. Das ist auch nicht erforderlich, denn man kennt die Wahrheit...

VI.

Am Tiberias-See

Woher stammen die Waffen und die Munition, mit denen die Syrer von Zeit zu Zeit auf friedliche Ackerbauern Israels schiessen? Nur von den Russen?

Die UN-Kontroll-Offiziere könnten auf diese Frage eine umfassende Auskunft erteilen.

Aber hierüber herrscht ein allgemeines Schweigen.

An der Sachlage ändert sich nichts, wenn die Gerüchte zutreffen sollten, dass Israel Waffen von den Deutschen erhalten werde. Dies würde den unglückseligen Rüstungswettlauf im Orient nur noch deutlicher machen.

VII.

Aufbau statt Kanonen

Die Tatsache, dass Israel gut aufgerüstet ist, verleiht dem jungen jüdischen Staat neben seinem hoch qualifizierten Heer die Sicherheit, auf jeden Fall vorbereitet zu sein. Israel weiss, dass es sich letztenendes nur auf sich selbst verlassen kann. Die Araber wissen auch, dass es gefährlich ist, Israel anzugreifen. Die Alarmbereitschaft Israels ist die Antwort auf eine ungesunde Situation. Dass die Westmächte sich auf Israel verlassen, ist für sie bequem. Eine Lösung der bestehenden Probleme ist dies nicht.

Deswegen wäre es objektiv geboten, dass der Westen aus seiner Lethargie heraustritt und Schritte unternimmt, die zu einer wirklichen Lösung der Mittelostfragen führen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Stellungnahme oder Gleichgültigkeit der führenden westlichen Mächte ihnen die Möglichkeit offen lässt, mit beiden Seiten zu paktieren und ihre Geschäfte zu machen. Ein prinzipieller Unterschied in der westlichen und in der östlichen Haltung in dieser Hinsicht ist jedenfalls nicht ohne weiteres zu erkennen. —

Neuer Handelsminister

Jerusalem. — Chaim Zadok, Mitglied der Mapai und Deputierter, wurde zum Handels- und Industrieminister ernannt. Bisher hatte Finanzminister Pinchas Sapir dieses Portefeuille inne.

Hiermit stieg die Zahl der Mapai-Minister im Kabinett auf zwölf. Man nimmt an, dass die übrigen Partner in der Koalition mit der Ernennung einverstanden sind.

Zadok ist Anwalt und seit 1959 Knesset-Abgeordneter. Er war Präsident der Kommission, die die kürzliche Reform der Steuergesetze ausarbeitete. (ITA)

LA SEMANA ISRAELITA
Semanario — aparece los Viernes.
Editado por Estrellas Editorial Ltda.
Director:
Arnoldo W. B. Swarsensky
Pueyrredón 2190, 1º izq.
T. E. 83-2613

Abono-Preise:
Argentinien:
$ 500.— pro Jahr
Ausl. $ 800.— jährl.

Jüdische Stadtraetin

Antwerpen. — Die Sekretärin des Zentralen jüdischen Konsistoriums, Frau Anne Marinover, zieht als erstes jüdisches Mitglied in den Stadtrat ein.

Dr. FREY
ABOGADO
PUEYRREDON 2190
1º izq.
nachm. 16—19 Uhr
Telefon:
80-6930

REAL PEN
Füllhalter
REPARATUREN
Spezialgeschaeft
CORRIENTES 569
T. E. 49-5850

PROPIEDADES FRANKENBERG
S. R. L.
berät Sie kostenlos und unverbindlich beim Kauf oder Verkauf von
GESCHAEFTEN
WOHNUNGEN
HAEUSERN
VIRREY DEL PINO 2262
T. E. 73-7887

JUDITH SCHENKOLEWSKI
KULTUSSTICKEREIEN
Schabbosdecken - Tallisbeutel Käppchen Mazzot-Taschen - Hand- und Maschinenstickerei von Bett- und Tischwäsche
Dr. P. I. RIVERA 2585
(fr. Bebedero)
T. E. 73-9155

MOHEL N. PLAKSIN
Superí 2719
T. E. 76-6784 u. 76-2312

JACOB LAPIDUS
dipl. Mohel
NEUE ADRESSE
VIAMONTE 2037 4º B.
46-1716 und 48-2124

Dr. J. P. Kroll Bieber
INNERE MEDIZIN u. RHEUMATISMUS
Arzt am Hosp. Pirovano
Mo., Mitt., Frei., 15—19 Uhr. Samst. 14—16 Uhr.
OLAZABAL 2512 - 76-7980
Privat 52-7734

Dr.
B. Schwarcz
ZAHNARZT
ESTOMBA 2283 - 52-8214
RAYOS X
PARADENTOSE
TELEF. VORANMELDUNG

Confitería NIZA
Servicios de lunch de categoría
SALON DE FIESTAS
ECHEVERRIA 3296, esq. CONDE
76-0286 73-1049

BERNARDO STERN
Ausführung saemtlicher
MALERARBEITEN
HELGUERA 1915 T. E. 58-4052

ENFERMEDADES DE LOS HUESOS y ARTICULACIONES — RADIOGRAFIAS
Prof. Dr. BLUMENFELD
Prof. de la Facultad, Jefe del Servicio de Ortopedia y Traumatología del Hospital Israelita.
Trasladó su consultorio a J. E. URIBURU 285
T. E. 47-5875 — 41-2331 y 41-2240

Dr. BERNARDO GOLDSTEIN
MEDICO
ENFERMEDADES CARDIOVASCULARES
VERREIST IM FEBRUAR
Vertreter im Consultorio: Dr. HERSZKOWICZ
CUBA 2141 — T. E. 73-8782 u. 73-6817
Consultas: Montag bis Freitag. 15—18 Uhr
Eilige Anrufe: 70-4484
oder bei Dr. SANGUINETTI: 76-2406

Enfermedades Cardiovasculares
Aparato Circulatorio
Dr. SAUL UMANSKY
Sarmiento 3116 T. E. 87-1362

Dr. BENJAMIN LIPNIZKY
ZAHNARZT
ROENTGENSTRAHLEN — ZAHNZIEHEN — BEHANDLUNG MIT GASBETAEUBUNG — REGULIERUNG DER ZAHNSTELLUNG
Sprechstunden: Dienstag — Donnerstag — Sonnabend nach vorheriger Vereinbarung.
JOSE HERNANDEZ 2518, T.E. 76-8673 u. 73-0500

Dr. L. KLEIN - Médico
Magen- und Darmkrankheiten
Roentgen-Untersuchungen
SPRECHSTUNDEN:
Montag, Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 15—19 Uhr
Es wird gebeten, sich vorher telefonisch anzumelden.
SANTA FE 1391 T. E. 44-9493 u. 44-1542

Die Verhandlung wurde zur Farce

von JAKOB KATZ-ROGASEN

Seit Monaten wiederholt sich immer wieder das selbe traurige und merkwürdige Bild: SS-Männer, als Zeugen vor das Schwurgericht in Frankfurt vorgeladen, das über die Mörder von Auschwitz zu richten hat, leugnen und lügen, dass die Balken brechen.

Eigentlich hätte der 250. Zeuge, der ehemalige SS-Rottenführer Josef Hofer, heute 56 Jahre alt, viel wissen müssen, denn er gehörte zu den Mitgliedern der Politischen Abteilung und war in der Aufnahme dafür verantwortlich, dass die für arbeitsfähig befundenen und ins Lager aufgenommenen Häftlinge registriert wurden. Dieser Zeuge Hofer war also dabei, wenn die Elendszüge anrollten. Er stand auf der berüchtigten Rampe. Er sah, wie man die Häftlinge aus den Zügen prügelte, die Männer, Frauen und Kinder. Und er hatte die Aufgabe, die Gefangenen zu zählen, die bei der Selektion für arbeitsfähig gehalten wurden und ins Lager kamen. Natürlich kannte Hofer auch das Schicksal der anderen, die ins Gas gingen...

Aber die Aussage Hofers lässt sich schnell zusammenfassen, mit seinen eigenen Worten: „Es lief alles automatisch und war so ziemlich geheim, was ich doch noch erfuhr, weiss ich heute nicht mehr."

Seine angebliche Ahnungslosigkeit und sein Gedächtnisschwund gingen so weit, dass ihm der Vorsitzende schliesslich vorhält, was in Auschwitz geschehen ist. Nachdem der Vorsitzende die weitere Befragung des Zeugen aufgegeben hatte, Hofer auf Fragen der anderen Richter sich immer noch ahnungslos gestellt und sogar behauptet hat, der Untersuchungsrichter hätte bei der früheren Vernehmung viele Dinge in das Protokoll geschrieben, die er nie gesagt habe, wird es dem als Nebenkläger auftretenden Frankfurter Rechtsanwalt Raabe zuviel. Er hat auch die richtigen Worte parat:

„Was uns heute hier geboten wird, ist kein Spass mehr. Dies ist ein Skandal — so viele Lügen. Die Verhandlung wird ja zur Farce, wenn wir uns das bieten lassen."

Das Gericht legte eine kurze Pause ein, um den damaligen Untersuchungsrichter sofort als Zeugen zu laden und ihn zu fragen, ob er wirklich Dinge, die niemals gesagt wurden, protokolliert habe.

Bis zu diesem Augenblick hatte der Zeuge Hofer berichtet, dass er nach dem Frankreich-Feldzug wegen seiner Ischias-Erkrankung von der Wehrmacht entlassen und dann im Jahre 1942 als ehemaliger Angehöriger der allgemeinen SS zu den SS-Totenkopf-Verbänden nach Oranienburg eingezogen und nach Auschwitz abkommandiert worden sei. Dort habe er zunächst für die Wachmannschaften den Kurier gespielt und sei dann eines Tages „als völliger Laie" zur Aufnahme bei der Politischen Abteilung versetzt worden, wo er für die Registrierung der ins Lager aufgenommenen Häftlinge verantwortlich gewesen sei. Sein damaliger Vorgesetzter sei der jetzige Angeklagte Stark gewesen. Wenn ein neuer Transport eingetroffen sei, habe er mit seinem Fahrrad auf die Rampe fahren und die Häftlinge zählen müssen, die als arbeitsfähig ins Lager aufgenommen worden seien.

„Wer war von den Offizieren auf der Rampe?"

„Ich kann beim besten Willen nicht sagen, wer es war."

„Wem meldeten Sie die Stärke der aufgenommenen Häftlinge?"

„In der Aufnahme den Häftlingen. Das Weitere ist dann scheinbar automatisch gegangen."

„Ihrem Vorgesetzten Stark meldeten Sie nicht die Stärke?"

„Nein."

„Das ist aber sehr merkwürdig. Sie zählten doch allein an der Rampe ab, wie viele ins Lager kamen. Das wusste doch sonst kein Mensch. Wem erstatteten Sie Meldung? Sie müssen hier schon die Wahrheit sagen."

„Ich sage schon die Wahrheit."

„Meldeten Sie es dem Stark?"

„Nein."

„Wer sonderte auf der Rampe aus?"

„Das war der Offizier, der Dienst gemacht hat, und noch ein Arzt war dabei."

„Sie müssen uns schon erzählen, wie das vor sich ging. Sie waren doch dabei."

„Damit hatte ich nichts zu tun. Ich habe keine Ahnung, wie ausgesucht wurde."

„Was sagte denn der Offizier? War er stumm?"

Hofer schweigt.

„Na, ich will es Ihnen sagen", erklärte der Vorsitzende und schildert dem Zeugen, dass die SS-Offiziere lediglich mit Handbewegungen die Menschen nach rechts und links in zwei Gruppen — die Opfer für die Gaskammern und die Arbeitsfähigen — einteilten. „Möglich!", pflichtet ihm nun der Zeuge Hofer bei und fügt hinzu, er habe ja stets weit hinten auf der Rampe gestanden. Er habe nur die Häftlinge auf der Rampe gezählt, die ins Lager aufgenommen worden seien.

„Und was geschah mit den anderen?"

„Ich war schon ein halbes Jahr auf der Rampe und dann ist erst durchgesickert, dass sie vergast wurden. Das war ziemlich geheim."

„Was machte Stark?"

„Das weiss ich nicht. Ich kam doch als Laie dahin."

„Sie sahen ihn doch auf der Rampe. Was machte er?"

„Er sah auch zu, wie sortiert wurde."

Endlich bequemt sich der Zeuge zu berichten, dass er die Meldungen doch seinem Vorgesetzten, einem der jetzt Angeklagten, gegeben habe. Was weiter geschehen wäre, dass weiss er allerdings schon nicht mehr. Allmählich erinnerte sich der Zeuge auch an andere Mitglieder der Abteilung, die er immerhin einige Jahre hindurch täglich gesehen hatte, und findet sie unter den Angeklagten wieder. Aber was diese Leute in Auschwitz gemacht hätten, dass weiss er nicht.

Hier war wieder einmal ein typischer Fall der nazistischen Verteidigungstechnik. Selbstverständlich blieb der Zeuge unvereidigt, da auch er tatverdächtig ist. —

Das Gericht hat keine Antwort auf die Bemerkung des Nebenklägers gegeben, der gesagt hatte: „Die Verhandlung wird zur Farce, wenn wir uns dies bieten lassen."

Diesen Eindruck müssen viele haben, die auch dessen überdrüssig sein dürften, dass man sich alles gefallen und ‚bieten' lässt. Offensichtlich verfällt man in den Weimarer Fehler, unter der Geheimformel des ‚Rechtsstaates' oder der ‚Demokratie' einfach alles hinzunehmen, was die Nazis sich damals wie heute den Gerichten gegenüber erlauben dürfen...

Man muss schon die Geduld eines Cato haben, um sein „Ceterum censeo..." ständig zu wiederholen.

LA SEMANA ISRAELITA
SEMANARIO INDEPENDIENTE
Bs. Aires — PUEYREDON 2190, 1º izq. — T. E. 83-2613
5. Februar 1965 — 3. Adar I 5725

In Hitlers Spuren

New York. — Eine Organisation französischer Nazis, die sich „Nationalsozialistische Partei des Proletariats nennt, gibt an, heute 15 Zellen in Frankreich zu besitzen und mit den englischen und nordamerikanischen Nazis Beziehungen zu unterhalten. Sie steht nach eigener Aussage bereit, die Macht zu übernehmen und gegen die französischen Juden vorzugehen, wie das „Journal Américain" aus Paris berichtete.

Die Nazijünger haben eine Liste prominenter Juden für eine „künftige Aktion" vorbereitet. Sitz der „Partei" ist die Stadt Calais. Dort wurde kürzlich eine Haussuchung vorgenommen, bei der die Polizei ein Waffenlager, Hakenkreuzfahnen, Nazipropaganda und Hitlerbilder fand.

Die Meldung bezeichnet den 27jährigen Franzosen, Jean Claude Monet, einen Enkel des berühmten französischen Malers Claude Monet, als den „Führer" der Gruppe. Monet wurde in Algerien von einer deutschen Mutter geboren. Er soll mit dem Ku Klux Klan und Rockwells Nazipartei in Verbindung stehen. (ITA)

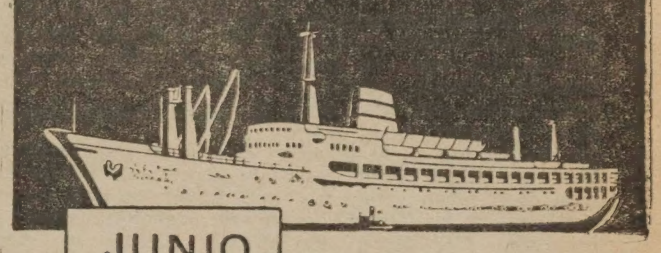
Theologen zweier Konfessionen

Lafrabe (Pennsylvanien). Vier Tage lang führten katholische und jüdische Theologen in dieser Stadt ein Gespräch über die verbindenden und trennenden Aspekte der beiden Religionen. Die Zusammenkunft fand hinter geschlossenen Türen in der St. Vincent-Abtei statt und stand unter den Auspizien der Nationalen Konferenz der Christen und Juden. Rabbi Arthur Gilbert, der zu den Ratgebern dieses Verbandes gehört, äusserte es geschehe „zum ersten Mal, dass jüdische und katholische Religionsforscher in einer Atmosphäre der Gleichheit und gegenseitiger Achtung, ohne Missionsabsichten, miteinander Beratungen pflegen". Er sagte voraus, dass „dieses historische Ereignis die Grundlagen schaffen würde, um Vorurteile zu beseitigen und eine vernunftmässige Beurteilung der Unterschiede zwischen Juden und Christen herbeizuführen."

Zu den katholischen Teilnehmern an dieser Versammlung gehörten der Bischof von Pittsburgh, John J. Right; der Bischof von Greensburg, William G. Connare; Pater John Sheering, Herausgeber der „Katholische Welt" und Reverend Gerard S. Sloyan, Professor für religiöse Erziehung an der Katholischen Universität von Washington.

Von jüdischer Seite nahmen die folgenden Persönlichkeiten an der Konferenz teil: Rabbi Robert Gordis, Professor für Bibelstudien am Jüdischen Theologischen Seminar von New York; Rabbi Marc Tannenbaum, Direktor für interreligiöse Fragen im American Jewish Committee, und Rabbi Solomon Freehof, Gemeinderabbiner aus Pittsburgh.

feliz viaje a Israel con el "JERUSALEM"



JUNIO 14 LUNES

ITINERARIO DEL S/S "JERUSALEM"

ZARPA DE HAIFA
EL 24 DE MAYO
CON ESCALAS EN:
Nápoles, Marsella, Lisboa,
Madeira, Río, Santos,
Montevideo, Buenos Aires.

ZARPA DE BUENOS AIRES
EL 14 DE JUNIO
CON ESCALAS EN:
Santos, Río, Madeira,
Nápoles, Haifa,
llegando el 4 de julio.

Consulte a su agente de viajes o a
צים ZIM
ISRAEL NAVIGATION CO. LTD.
MAIPU 866 - Tel. 32-7465 - 7823
BUENOS AIRES

MOEBELHAUS
WATERMANN
Das Haus der 3 Geschäfte mit der grössten Auswahl.
SARMIENTO 1147
T. E. 35 - 7033
CABILDO 2614
PAMPA 4979
fast Ecke Triunvirato
Eigene Werkstätten
Zahlungserleichterungen
Zuvorkommende fachmännische Bedienung

Teppichhaus - M. Hochberg
UNERREICHTE AUSWAHL AN HANDGEKNUEPFTEN TEPPICHEN IN ERSTKLASSIGEN QUALITAETEN FUER JEDES GEMUETLICHE HEIM.
Eigene Fabrikation — Unverbindliche Vorführung
Auf Wunsch Zahlungserleichterungen
MASCHINENTEPPICHE IN ALLEN FARBEN UND GROESSEN. AUSLEGEN VON APPARTEMENTS MIT REIN WOLLENEM VELOUR.
Verkauf an Private nur Samstag und Sonntag von 9—19 Uhr im Ausstellungshaus
Calle ANDONAEGUI 2083
Tel.: 52-2993 — 4 Quader von Station Urquiza

ESTUDIO JURIDICO INTERNACIONAL
Dr. Hardi Swarsensky
ASUNTOS EUROPEOS EXCLUSIVAMENTE
VERREIST
vom 8.—16. Februar (incl.)
★
Dr. Günter Frey
ASUNTOS ARGENTINOS Y SUDAMERICANOS
Erbschaftssachen - Vertraege - Verwaltungen – Miets-, Zivil- und Handelssachen
T. E. 80 - 6930
PUEYRREDON 2190 esq. Av. LAS HERAS

Ereignisse der Woche

Bitte nicht zu stoeren

Es gibt verschiedene Methoden, durchs Leben zu gehen. Die einen, die sich Optimisten nennen, wollen die Probleme nicht sehen, die anderen, die als Pessimisten bezeichnet werden, sind immer schlechter Laune; ihr Blick wird durch die angeblich bestehenden oder tatsächlich vorhandenen Schwierigkeiten getrübt. Sie beurteilen jede Lage ernst.

Nun müssen wir uns von Anfang an darüber einig sein, dass die Intelligenten es im Leben schwerer haben als die Simplen. Denn der primitive Mensch sieht die Probleme nicht, erkennt keine Gefahren und lebt darauf los. Der intelligente Mensch denkt nach, er grübelt, er wägt.

Jeder Mensch lebt gern bequem. Das braucht niemand abzuleugnen, wenn es auch natürlich oftmals graduelle Unterschiede gibt. Man lebt auch bequemer, wenn man die Sorgen und Nöte seines Nachbarn nicht kennt. Hat man doch schon genug mit sich allein zu tun. Das ist die bekannte Geschichte, die man sich — gewiss zu Unrecht — vom Baron Rothschild erzählt, der einen Bettler herauswerfen liess, weil „er mir das Herz bricht".

Am liebsten würden viele sich jenes kleine Schild an ihre Wohnung anbringen lassen, das man in Hotelzimmern findet: Bitte nicht stören. Bitte nicht zu stören, damit dieser arme Mann nur nicht bemüssigt wird, etwas von den allgemeinen Sorgen seiner Gemeinschaft mit sich zu tragen, damit er nicht gestört wird, um sich an der Erhaltung des Krankenhauses, des Altersheimes, des Siechenheimes, der Liga für die Tuberkulosen und für unzählige andere humanitäre soziale, wohltätige und gerechte Angelegenheiten zu beteiligen.

Und wer kann sich schliesslich an allen diesen Institutionen beteiligen? Das geht doch wohl nicht. Resultat: man beteiligt sich an keiner.

Zu viele Institutionen

Es gibt zu viele Institutionen, hört man häufig klagen. Dieser Vorwurf, der unserem organisationellen jüdischen Leben in dieser Stadt gemacht wird, ist jedoch nur teilweise berechtigt. Es hat schon seinen guten Grund, wenn verschiedene Aufgaben in verschiedenem Rahmen gelöst werden sollen. Im übrigen gibt es im allgemeinen gesellschaftlichen Leben ebenfalls eine gleiche schillernde Vielzahl von Vereinigungen, die sich ans Publikum um Mitarbeit und finanzielle Beisteuerungen wenden: die Organisationen für die Tuberkulosen, die Herzkrankheiten, die Leprakranken, die Gelähmten usw. Jede dieser Organisationen hat ihre eigene Aufgabe, die von ihr erfüllt wird. Schliesslich kann die ORT, die sich um die berufliche Umschichtung und handwerkliche Erziehung der Jugend bemüht, nicht mit der Jüdischen Volksküche zusammengelegt werden, die für die Speisung Armer sorgt.

Dass die Struktur des gesellschaftlichen jüdischen Lebens in Argentinien zufriedenstellend oder vorbildlich sei, ist nicht behauptet worden. Es ist sehr viel Raum für Kritik. Aber dass allein wegen die Vielheit der Organisationen Fehler oder Nachteile vorhanden sein sollten, ist nicht einzusehen, wenn auf allen Seiten guter Willen vorhanden ist. Man könnte vielleicht auf die Idee kommen, dass verschiedene Organisationen oder Gemeinden zweckmässigerweise zusammengelegt werden könnten, weil sie die gleichen Ziele und Aufgaben verfolgen und sich an den gleichen Kreis wenden, sogar Gemeinden unseres Sektors. Vielleicht könnte hierdurch manches verbessert, erleichtert, verbilligt, erweitert und harmonischer werden. Vielleicht. Aber wenn diese Organisationen oder Gemeinden sich nicht zusammenschliessen, dann verliert doch deswegen keine von ihnen ihren Sinn oder ihre Bedeutung. Man soll bei seinen Ueberlegungen die Dinge zu sehen sich bemühen, wie die Dinge liegen, und nicht sich nur das vorstellen können, was einem selbst gefällt.

Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, kann es nur immer so viele Institutionen und Organisationen geben, wie dies den objektiven Bedürfnissen entspricht. Es ist ein gutes Zeichen, welche Fülle von Vereinigungen die argentinischen Juden geschaffen haben, und zwar auf allen Gebieten: auf politischem, religiösem, erzieherischem, kulturellem, sozialem, wohltätigem, medizinischem Gebiet usw. Die ungeheure Lebenskraft dieser Gemeinschaft liegt in diesem Bemühen eingeschlossen. Ein beispielgebender Enthusiasmus ist erforderlich, um diese Fülle der Organisationen aufrecht zu erhalten, und nicht nur die grossen und die ‚wichtigen', sondern auch die kleinen, die für unsere jüdisches Leben nicht weniger charakteristisch und wichtig sein können, vor allem die vielen Schulen, mit ihren Elternvereinigungen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Gruppierungen, die sie unterhalten.

Intensive Arbeit

Wir können zufrieden und in einem Sinne auch stolz über die aktive Arbeit und die vielseitige Tätigkeit der jüdischen Gemeinschaft in Argentinien sein. Man kann auch eine beachtliche Aufwärtsentwicklung beobachten. Neue Gebäude, Ferienkolonien, sportliche Tätigkeit, Initiativen in allen möglichen Zweigen der jüdischen Arbeit, all das deutet doch darauf hin, dass ein Leben und ein Aufbauwillen herrscht, der Menschen mitreisst. Es sieht doch beinahe so aus, dass die Zahl derer die nicht gestört werden wollen, kleiner wird. Der Soziologe würde sagen: das asoziale Element wird zurückgedrängt.

Nun aber soll man nicht übersehen, dass auch diejenigen, die sich in den Dienst einer Vereinigung oder einer noch so wichtigen Aufgabe stellen, mitunter über diesen Aufgabenkreis nicht hinaussehen. Der Blick für das Ganze geht häufig verloren Und an den Türen mancher Vereinigungen hängt — unsichtbar — das Schild: Bitte nicht zu stören. Wir kümmern uns für das Waisenhaus, mehr geht nicht. Wir arbeiten für das Technikum, mehr geht nicht. Wir setzen uns für die OSE ein, mehr ist nicht möglich.

Sicherlich kann ein Mensch sich nur um eine Aufgabe intensiv bekümmern. Aber er muss mehr als die eine Aufgabe sehen! Er soll das stolze Gefühl haben, für eine wichtige und schöne Arbeit tätig zu sein. Aber das darf uns niemals daran hindern, auch die darüber hinausgehenden und vor allem gemeinsamen Ziele und Verpflichtungen zu erkennen.

Bitte nicht zu stören, ist immer nur ein Vorwand, der zum ‚Selbstschutz' erhoben wird, aber im Leben einer Gesellschaft unerträglich, untolerabel und verhängnisvoll ist.

Wo Einheit noetig ist

Wir können in einer Strasse und auf einem eng begrenzten Raum sechs oder mehr Synagogen errichten, wenn wir das wollen. Dies ist eine Frage der Zweckmässigkeit, der Notwendigkeit und der Einsatzmöglichkeit. Wir können 20 oder 30 jüdische Sportklubs haben, — Jugend ist genügend da —, um unserer Jugend eine gute körperliche Erziehungen zu bieten. Wir können Schulen errichten, so viele immer besucht werden. Aber in einer Hinsicht brauchen wir die Einheit: in unserer Repräsentanz nach aussen. Eine Gemeinschaft, eine Kollektivität, und vor allem die Juden, können nur durch eine Stelle vertreten sein. Alles andere ist nicht nur absurd, sondern dumm, lächerlich und verbrecherisch.

Die Repräsentanz der argentinischen Juden ist die DAIA. Das hat sogar die Delegation des American Jewish Committees eingesehen, die Argentinien besuchte. Diese Delegation war aus den Staaten geholt worden, um die Situation der DAIA zu unterminieren. Sie kam und verstärkte die Position der DAIA. Man hätte also annehmen dürfen, dass diese ebenso gefährlichen wie infantilen Störungsversuche endlich aufhören würden. Churchill musste sterben, um diesen Herrschaften hier die Gelegenheit zu liefern, dem Botschafter Seiner königlichen Majestät das Beileid der argentinischen Juden auszusprechen. In diesem lächerlichen Schritt liegt ein Stück Traödie unserer Galut-Existenz.

Man sollte mit solchem Treiben endlich Schluss machen. Denn in Anbetracht gewisser Schwierigkeiten kann es morgen sehr wohl von entscheidender Bedeutung sein, wer die Stimme der argentinischen Juden führt obwohl diese ‚Gegen-DAIA' bisher niemals in aufgeregten Zeiten in Erscheinung trat, weil dies auch mit einem gewissen persönlichen Risiko verbunden ist.

Was war das?

Eine Terroristengruppe wurde entdeckt, Hakenkreuze, antisemitische Literatur und schwarze Listen wurden gefunden. Die Antisemiten geben keine Ruhe, auch nicht dann, wenn viele unter uns ihr unsichtbares „Bitte nicht zu stören" heraushängen. Was haben wir von dieser Seite zu erwarten? Ein Sohn Eichmanns soll auch seine Hände im Spiel haben, also eine Art deutscher Experte in antijüdischer Hasspropaganda, der ausser von der argentinischen Polizei von seinen deutschen Vorgesetzten zur Ordnung gerufen werden könnte.

Ob und welche Bedeutung diesen Vorfällen beizumessen ist, kann man heute in diesem besonderen Fall noch nicht sagen. Dass aber die Nazis nicht Ruhe geben, das dürfte sicher sein. Wir sind in unserer Ruhe gestört worden. Wir werden auf der Wacht sein. Wir können nur hoffen, dass es uns auch diesmal gelingen möge, mit der Hilfe der guten und demokratischen Elemente des argentinischen Volkes die nazifaschistische Gefahr zu bannen. —

Trotz sommerlicher Hitze

THG und Bet Israel liessen sich über den letzten Zionistenkongress und dessen Problematik, sowie über eine Reihe anderer aktueller Fragen informieren. Ein Wahnsinn, bei dieser Hitze, erklärten viele, und trotz der sommerlichen 34 Grad erschien eine beachtliche Anzahl von Mitgliedern, unter ihnen sogar eine Anzahl Jugendli-

(Fortsetzung der Ereignisse auf Seite 6)

Wer hat Bilder jüdischer Funktionaere?

Der Council of Jews from Germany benötigt — leihweise — für das von ihm herausgegebene Gedenkbuch: „Bewährung im Untergang" Photos der folgenden Opfer des Nazismus, die während des letzten Krieges in verantwortlicher jüdischer Gemeinde-, Organisations- und Institutionsarbeit in Deutschland verblieben und später umgekommen sind.

Dora Silbermann, Jüdische Gemeinde Berlin. Herbert Finkelscherer, Rabbiner in Offenburg und Stettin. Leo Kreindler, Jüdische Gemeinde Berlin. John Hausmann, Israelitischer Tempelverband Hamburg. Dr. Arthur Spanier, Preussische Staatsbibliothek Berlin. Dr. Siegmund Stein, Rabbiner der „Adass Jeschurun"-Gemeinde Köln.

Rückgabe wird zugesichert. Zuschriften werden eiligst erbeten an den: Council of Jews from Germany 183/189 Finchley Road, London N.W.3.

Kritik an Katholiken

Die Kontroverse um Hochhuths „Stellvertreter" wird erneut angefacht durch die Veröffentlichung eines historisch analytischen Angriffs auf die katholische Geistlichkeit in Deutschland während der NS-Zeit. Der Historiker Günter Lewy, jetzt Professor für moderne Geschichte an der Universität Massachusetts in den USA (er stammt aus Deutschland und emigrierte im Jahre 1939, als er 15 Jahre alt war), zeigt das Verhalten der deutschen Katholiken in seinem soeben in London herausgekommenen Buch „The Catholic Church and Nazi Germany" (Verlag Weidenfeld und Nicolson), das auf jahrelangen Forschungen beruht, in neuem Licht. Das Buch wird auch gleichzeitig in Amerika veröffentlicht.

Die deutsche katholische Geistlichkeit beging den fundamentalen Irrtum zu glauben, Hitler könne durch Konzessionen gezähmt werden, meint Lewy. Hitler jedoch war von Anfang an zur völligen Vernichtung des Katholizismus nach seinem Endsieg entschlossen. Die katholische Kirche in Deutschland verdammte Widerstand aus Prinzip und erschwerte damit den Männern des 20. Juli — soweit sie Katholiken waren — ihren Gewissenskampf, obwohl der katholische Klerus beispielsweise in Spanien und Mexiko Widerstand gegen ein antiklerikales Regime bejaht und bestärkt hatte. Die deutschen katholischen Geistlichen, die gegen Euthanasie und die Vergasung von Geisteskranken protestierten, schwiegen zur Vernichtung der Juden. Sie waren durchaus informiert über die Vorgänge in den Vernichtungslagern, erklärt Lewy, rafften sich aber nur auf zu vagen Protesten gegen die Tötung „unschuldiger Menschen nicht unseren Blutes" und erhoben ihre Stimme nur gegen die Deportierung getaufter Juden und die Auflösung von Mischehen. Die katholische Kirche, erklärt Lewy, sah sich in dem unmöglichen Dilemma, ihre idealen Zielsetzungen von der Notwendigkeit für das eigene Weiterbestehen zu trennen. „Oft war die Botschaft der Kirche für sie eher eine Bürde als eine Quelle der Kraft."

Kindler-Taschenbücher

IN DEN LETZTEN WOCHEN SIND DIE FOLGENDEN BAENDE ERSCHIENEN:

Nr. 47: LEONHARD FRANK: Bruder und Schwester (Roman)
Nr. 48: Nach dem Tauwetter, Neueste Russische Erzählungen.
Nr. 49: ALDOUS HUXLEY: Affe und Wesen, Roman
Nr. 50/51: RUMER GODDEN: Immer und einen Tag, Roman.
Nr. 52/53: ARNOLD ZWEIG: Erziehung vor Verdun. Roman.
Nr. 54: HERMANN KESTEN: Meine Freunde die Poeten. Essays. —
Nr. 55: JOYCE CARY: Spiel ohne Ehre, Roman.
Nr. 56: FRIEDRICH SCHILLER: Pitaval. Merkwürdige Rechtsfälle
Nr. 57/58/59: GERALD REITUNGER: Ausrottung der Juden Europas 1939—1945.
Nr. 60: MARQUIS DE SADE: Die Kastanienblüte und andere Erzählungen.

Es kosten: Einfachband DM 2.50 Doppelband DM 3,80; Dreifachband DM 4,80.

Bestellungen durch alle Buchhandlungen

Kindler Verlag G.m.b.H., München

ISRAEL - BRIEFMARKEN

AN WIEDERVERKAEUFER — ALLE NEUAUSGABEN ZUM OFFIZIELLEN PREIS

Agencia Filatélica oficial del Estado de Israel,

VIAMONTE 550, I/B — Buenos Aires, Rep. Argentina

EVA HERZBERG
WOLFGANG HEIMANN

VERLOBTE

Fed. Lacroze 2274 IV B — Manuela Pedraza 2428

TOMAS JOSE SILBER
ROSITA SILBER, geb. IACONIS

VERMAEHLTE

Die Trauung findet am Sonnabend, den 13. Februar um 21 Uhr 30 in der Chaim Weizmann-Synagoge Arcos 2319, statt.

Gral. Pacheco 2896, Olivos, FCNGBM

Für die uns anlässlich der Geburt unserer Tochter

KEREN ADELE

ausgesprochenen, überaus zahlreichen Glückwünsche danken wir — auch im Namen unserer Eltern — sehr herzlich.

YEHUDA ESHEL und Frau
MIRYAM geb. SWARSENSKY

z. Zt. New York

LUACH — (KALENDER)

Freitag, den 5. Februar	3. Adar I
Parschat TRUMA 2. B. M. XXV-1 — XXVII-19 Haftara I Könige V-26 — VI-13	
Sonntag, den 7. Februar	5. Adar I
Montag, den 8. Februar	6. Adar I
Dienstag, den 9. Februar	7. Adar I
Mittwoch, den 10. Februar	8. Adar I
Donnerstag, den 11. Februar	9. Adar I
Freitag, den 12. Februar	10. Adar I
Sonnabend, den 13. Februar	11. Adar I
Parschat TEZAVE 2. B. M. XXVII-20 — XXX-11 Haftara Yecheskiel XLIII-10-27	
Sonntag, den 14. Februar	12. Adar I
Montag, den 15. Februar	13. Adar I
Dienstag, den 16. Februar	14. Adar I
Mittwoch, den 17. Februar	15. Adar I

Von Juden in Stuttgart und Osnabrück

I.

von Dr. E. G. LOWENTHAL

„Be/S" lautet das Diktatzeichen auf dem von Dr. Hirsch unterzeichneten Brief der Reichsvertretung der deutschen Juden vom 5. Dezember 1934, gerichtet an einen Stuttgarter Kaufmann, dessen Gewerbe wie das vieler seiner Berufskollegen durch offizielle Stellen benachteiligt wurde. Eingeweihte werden „Be' ohne weiteres als Cora Berliner identifizieren, die Frau Professor, die das wirtschaftspolitische Referat der damals noch jungen jüdischen Spitzenkörperschaft in Berlin leitete, um acht Jahre danach ihr treues Ausharren im Interesse der Gemeinschaft mit dem Tod in der Deportation besiegeln zu müssen...

Dieses zeitnahe Dokument ist eines von vielen Schriftstücken, die, zusammen mit einer nicht minderen Zahl von älteren und neueren Zeitungsartikeln, Ansichten, Porträts, Gruppenaufnahmen, jüdischen Organisationsdrucksachen aus guter und böser Zeit, den Bildteil des neuen Buches im Gedenken an die Stuttgarter Juden (Maria Zelzer: „Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden — Ein Gedenkbuch", herausgegeben von der Stadt Stuttgart, Ernst-Klett-Verlag, Stuttgart 1964) ausmachen. Ohne diese ausgezeichnete Fotosammlung, und, wesentlicher noch, ohne den Anhang und den Quellennachweis hätte dieses Werk mit seinen fast 600 Seiten womöglich mehr äusseres als inneres Gewicht. Was wir damit meinen? Blosse, zumal dokumentarisch-tragische Texte solcher für die allgemeine Oeffentlichkeit bestimmter und von ihr nicht so leicht verdaulicher Publikationen gewinnen erheblich an Echtheit, Verständlichkeit und Lebendigkeit, wenn Bilder, wie im vorliegenden Fall, wirklich illustrativ sind und wenn der Leser ohne Schwierigkeit erkennen kann, wie das Textmaterial zustandekam und aus wievielen Quellen es zusammengetragen worden ist. Man muss Dr. Zelzer, eine in Böhmen zur Welt gekommene, in Bayern geschulte Historikerin, die diesen nicht leichten Auftrag der Stadt Stuttgart in verhältnismässig kurzer Zeit durchgeführt hat, bei ihrer Arbeit beobachtet haben, inmitten von Akten, Druckwerken, Briefen und Bildern, um ihre Hingabe und ihre Sorgfalt im Detail würdigen zu können, mit der sie die Aufgabe gelöst hat. Hier kam es darauf an, Material aufzuspüren und zu kompilieren, sodann darzustellen und in ein gewisses System zu bringen. Die Gestaltung des umfangreichen Beiwerks, das den Wert dieser Neuerscheinung beträchtlich erhöht, hat sich Dr. Zelzer besonders angelegen sein lassen. Der mögliche Einwand, dieser oder jener Vorgang hätte noch berücksichtigt werden müssen, diese oder jene Unterlage noch ausgewertet werden sollen, macht keinen rechten Sinn, es sei denn, man hätte es hier mit einer strengwissenschaftlichen, kritisch wertenden Arbeit zu tun. Dazu hätte es jedoch einer weit längeren Vorbereitungszeit bedurft. Wie der Stuttgarter Oberbürgermeister Dr. Arnulf Klett im Geleitwort anmerkt, war es für die Stadt nicht nur eine menschliche Ehrenschuld, das Schicksal ihrer jüdischen Mitbürger über Generationen hinweg aufzuzeichnen und „für das historische Bewusstsein und politische Verantwortungsgefühl unserer Gegenwart und der Zukunft zu verankern. Die Stadt Suttgart will so das Gedächtnis an ihre verfolgten, diffamierten, eingekerkerten, gemordeten und emigrierten jüdischen Mitbürger festhalten und überliefern"

Die eigentliche Darstellung schliesst mit einer über tausend Namen zählende Totentafel, beginnend mit der 60 Jahre alten Witwe Regina Abendstern und endigend mit der achtjährigen Edith Zloczower, die beide am 1. Dezember 1941 nach Riga deportiert wurden.

Eröffnet wird das Buch mit einer Art Vorgeschichte „Vom Schutzjuden zum Staatsbürger", mehr oder minder die Entwicklung der Stuttgarter jüdischen Gemeinschaft in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts skizzierend. Ihr folgt, als grösseres Kapitel mit dem Motto „Als Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft", dargestellt an einer Vielzahl von (auch innerjüdischen) Vorgängen und Ereignissen, ein Abriss von der sozialen und politischen Situation der Stuttgarter Judenheit während der vier, fünf, sechs Jahrzehnte vor 1933. Der Hauptteil des Buches trägt den Titel „Unter der Regierung der Nationalsozialisten — Vom Staatsbürger zum rechtlosen Sklaven". Hier wird, aus 40 Einzelstücken zusammengefügt, der Weg vom Boykottag des Jahres 1933 bis zu den Deportationen 1941/42 beschrieben. Schliesslich wird auch von den wenigen „Untergetauchten" und den 47 Ueberlebenden von Theresienstadt berichtet. Ganz am Ende eine würdige Erinnerung an Otto Hirsch (Stuttgart 1885 — Mauthausen 1941).

„Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden" ist vor allem wegen der teilweise von weither beschafften Dokumente, Reporte, Statistiken, Berufsverzeichnisse als wertvoller Beitrag auch zu der zu erwartenden, grossangelegten Gesamtdokumentation des Schicksals der Juden im Bereich des heutigen Landes Baden-Württemberg zu werten, wie sie bekanntlich, auf Anordnung der Landesregierung, vom Hauptstaatsarchiv Stuttgart in diesen Jahren vorgenommen wird. Und wenn es später einmal zur wissenschaftlichen Abfassung einer Gesamtgeschichte der Juden in Deutschland seit den Anfängen der Emanzipation kommen sollte, so wird das reichhaltige Stuttgart-Buch einer von mehreren wichtigen Material-Mosaiksteinen sein.

II.

Ueber Juden in Osnabrück gibt es, soweit feststellbar, keine wesentliche Literatur. Bekannt ist dass in dieser Stadt Juden schon um die Mitte des 13. Jahrhunderts niedergelassen waren. Vielleicht erfährt man mehr darüber durch den demnächst — als Veröffentlichung des Leo Baeck-Instituts — zu erwartenden Band II der „Germania Judaica", der mit dem Jahr 1239 beginnt. Vor etwa 30 Jahren betrug die Zahl der jüdischen Einwohner Osnabrücks 200, und heute zählt man in Stadt und Bezirk etwa 60.

Die unlängst (im Verlag A. Fromm, Osnabrück) unter dem Titel „Osnabrück 1925 bis 1933 — Von der Republik bis zum Dritten Reich" in Buchform erschienene Artikelserie, wie sie Karl Kühling ursprünglich in der „Neuen Tagespost" veröffentlicht hat, beschäftigt sich zwar primär keineswegs mit jüdischen Dingen, streift aber doch mit Juden zusammenhängende zeitgeschichtliche Vorgänge. Im Nachwort zu diesem interessant illustrierten Buch, das als Teildarstellung einer noch zu schreibenden Osnabrücker Stadtgeschichte der letzten vier Jahrzehnte gedacht ist, findet man diese Sätze: „Es ist weder die Aufgabe dieses Buches, eine Kollektivschuld zu proponieren, noch die Schuld der einzelnen zu messen. Wenn es aber dazu beitragen könnte, aus der Betrachtung der Vergangenheit Lehren ziehen und bessere Wege suchen zu lassen, so hätte es einen wesentlichen Zweck erfüllt." Im gleichen Epilog wird — nochmals — auf zwei in dem kleinen Band zitierte Beispiele schöner Menschlichkeit verwiesen.

Eines bezieht sich auf das Wirken des 1848 in der Provinz Posen geborenen Geheimrats Dr. Siegfried Pelz. Er war von 1909 bis 1922 Chefarzt des Osnabrücker Stadtkrankenhauses, dessen Chirurgische Abteilung er, wie es heisst, seit 1883 aus dem Nichts aufgebaut hatte. Im Ersten Weltkrieg habe er dort fast 800 Verwundete behandelt. Als 80jähriger wurde Pelz Osnabrücker Ehrenbürger. In der Urkunde vom 4. November 1928 werden insbesondere seine hohen menschlichen Qualitäten hervorgehoben. Dr. Pelz' Fünfundachtzigsten (1933) durfte der Autor des Buches noch öffentlich gedenken, aber als der allseitig verehrte Arzt und Helfer 1936 starb, untersagte die Nazipartei die Veröffentlichung jedweder Notiz im Textteil der Zeitung. Immerhin, der Trauerzug, so berichtet Kühling weiter, sei einer Kundgebung für die Menschlichkeit gleichgekommen. An der Stelle des Stadtkrankenhauses, von der während der Nazizeit die Dr. Pelz-Büste entfernt wurde, ist jetzt eine Gedenktafel zu sehen, nachdem die Büste nicht mehr aufgefunden werden konnte. (Dr. Pelz' Gattin war eine geborene Breslauer, seine Tochter die Malerin Clara Witte-Pelz, Frau des Osnabrücker Malers Curt Witte, deren Werke vor etwa Jahresfrist im Onsnabrücker Museum ausgestellt waren.)

Die in Kühlings Buch als lokales „Ereignis" erwähnte Stadttheaterkrise um 1929/31 erinnert an Dr. Fritz Berend, der lange Erster Kapellmeister in Osnabrück war, dann Intendant wurde und im Sommer 1932 die Theaterunion mit dem benachbarten westfälischen Münster erfolgreich durchführte. Von Berends raschem Ende in Deutschland und seinem Schicksal kann in dem zeitlich abgegrenzten Buch nicht mehr die Rede sein; es soll aber, zu Ehren dieses Künstlers, hier kurz nachgezeichnet werden: Fritz Berend stiess in Berlin bald zum Orchester der „Jüdischen Künstlerhilfe" und behielt in London unter ganz anderen, mitunter schwierigen und zeitweise engen Verhältnissen seinen guten Namen — als Pianist, Organist und Synagogenchordirigent, als Begleiter auch namhafter Solisten und gelegentlich als Orchesterleiter; 1956 ist er dahingegangen.

Ein ganzes von insgesamt drei Kapiteln wird dem Kommen und Wiederververschwinden des ausgesprochen antisemitischen Skandalwochenblatts der Jahre 1929/30, „Der Stadtwächter", eingeräumt, nur um den Terror der Zeit unmittelbar vor 1933 zu charakterisieren. Es fragt sich ernsthaft, ob der Verfasser, bei allem Willen zur Objektivität, mit dieser breiten Darstellung einer bestimmten, aber üblen und das Ansehen Osnabrücks schädigenden Erscheinung nicht zu viel Ehre angetan hat. Hier hätte mehr „sense of proportion" bewiesen werden können.

Mit brennender Sorge

Kardinal Michael von Faulhaber, von 1917 bis 1952 Oberhirte des Erzbistums München und Freising, war der Hauptautor der gegen den Nationalsozialismus gerichteten Enzyklika Papst Pius XI. „Mit brennender Sorge", vom März 1937. Zu diesem Ergebnis kommt der Historiker Angelo Martini, ein Angehöriger des Jesuiten-Ordens, mit der erstmaligen Veröffentlichung des gesamten Faulhaber-Entwurfs. Der Kardinal hatte ihn im Januar 1937 in Rom unter grossem Zeitdruck und strengster Geheimhaltung zuliebe handschriftlich angefertigt — auf Wunsch Pius XI. und seines Kardinal-Staatssekretärs Eugenio Pacelli, des späteren Pius XII.

Im Unterschied zur vatikanischen Wochenzeitung „Osservatore Romano della Domenica", die kürzlich nur von „einigen Kernpunkten" sprach, die Faulhaber zu Papier gebracht habe, und die hauptsächlich die „wochenlange Arbeit" Pacellis an dem Dokument unterstrich, legt Martini in der jüngsten Nummer der Zeitschrift „Archivum Historiae Pontificae" dar, dass 1. Kardinal Faulhaber nicht nur Anmerkungen, sondern einen regelrechten, elf Seiten umfassenden Entwurf für die gesamte Enzyklika, 2. Aufbau und Kapiteleinteilung des Faulhaber-Dokument fast unverändert übernommen wurden, 3. seine Auffassungen und vielfach auch seine Worte in der Enzyklika wiederkehren.

Unter den von Pacelli vorgenommene Einfügungen ist vor allem ein Abschnitt über das Reichskonkordat. Ausserdem änderten er oder Pius XI. Faulhabers Eingangsworte „Mit grosser Sorge" um in die Worte „Mit brennender Sorge", im übrigen stellt auch Martini fest, dass sich die Redaktion des Dokuments unter der ständigen Kontrolle Pacellis vollzog.

Indien und Israel

New Delhi. — Hier wurde von dem bekannten Journalisten Shiwa Rao eine Gesellschaft der Freunde Israels ins Leben gerufen. An der konstituierenden Versammlung nahmen Schriftsteller, Journalisten, Diplomaten, Lehrer und Parlamentsabgeordnete teil.

Ein Sprecher brachte zum Ausdruck, dass die Gesellschaft das Fehlen diplomatischer Beziehungen zwischen Indien und Israel bedauere und bestrebt sei, die Kontakte zum jüdischen Staat zu fördern und eine freundschaftliche Atmosphäre zwischen den beiden Ländern herzustellen. (AWZ)

Jüdische Schule

London. — Die Hampstead-Snagoge eröffnete kürzlich in Anwesenheit des Oberrabbiners ein Gemeindezentrum mit einer Schule.

Neonazistische Lektüre

Amsterdam. — Ein Eingreifen der Regierung gegen die weitere Verbreitung von neonazistischen Publikationen in den Niederlanden — darunter des Buches „Adolf Hitler, sein Kampf gegen die Minus-Seele" — forderten Vertreter der Widerstandsorganisationen sowie der sozialistische Parlamentsabgeordnete Dr. Polak, der darauf hinwies, dass in dem Buch mit stark antisemitischer Tendenz Teile des niederländischen Volkes beleidigt werden.

Wie die Amsterdamer Zeitung „Het Parool" berichtet, wurde das Buch von dem früheren Goebbels-Adjutanten von Leers unter dem Pseudonym W. von Asenbuch geschrieben, der nach der deutschen Kapitulation nach Aegpten flüchtete und dort unter arabischem Namen lebt. (AWZ)

Rahels Grab

Jerusalem. — Am Todestage der Stammutter Rahel fand auf dem Zionsberg in Jerusalem eine Feier statt. Leider ist das auf transjordanischem Gebiet liegende Grab selbst den Juden nicht zugänglich.

Ihr Begleiter
im Beruf, für die Reise
und bei Festlichkeiten
Carlton-Kleidung
★ MASSKLEIDUNG
★ FERTIGKLEIDUNG
★ LOHNANFERTIGUNG
Carlton
Ernst Koppel
Maipú 982 Tel. 31-7845

DEINE SPARKASSE
DEIN HOBBY
Israel-Briefmarken steigen staendig!
STAMPS CENTER
94 Allenby Rd. TEL AVIV
P. O B. 4444

JUAN JULIUSBURG
MALERARBEITEN
73-1148 BLANCO ENCALADA 1646

AUTO - REPARATUR - WERKSTATT
„BENO"
BENO HUTSCHNECKER
Avda. CONSTITUYENTES 4902
(Ecke Monroe)
T. E. 51 - 2205

PENSION FAMILIAR כשר
M. FLAMM
CHASCOMUS — T. E. 2910 — Córdoba 38
unter Aufsicht s. Ehrw., Rabb. Dr. J. Oppenheimer
AB 23. FEBRUAR GEOEFFNET FUER ERWACHSENE
Reservieren Sie beizeiten für Karneval und Pessach.
Telef. Auskünfte in Bs. Aires: 76-2312 u. 70-5805

HOTEL LAGO כשר
Inhaber: Leo Kahn
RIO CEBALLOS — SIERRAS DE CORDOBA
CASILLA CORREO 34
Auskunft in Buenos Aires: 76-2009 v. 8—10 Uhr
BEKANNT DURCH AUFMERKSAME BEDIENUNG
UND HERRLICHE LAGE

ALFREDO STERN
MALERARBEITEN
DEPARTAMENTOS — BUEROS — HAEUSER
Unverbindliche Kostenvoranschläge für jede Arbeit
T.E. 76-7281 y 76-9088 Virrey del Pino 2639
DEPOSITO:
V. de la Plaza 1779 y Vidal 1575

Gemeinden und Vereine

NUEVA COMUNIDAD ISRAELITA

Rabino Hanns Hart T. E. 73-3180
Sinagoga Chaim Weizmann ARCOS 2319
Secretaría: ARCOS 2319 — T. E. 73-0281

GOTTESDIENSTE CHAIM WEIZMANN- SYNAGOGE:
Täglicher Gottesdienst:
Morgens: 7 Uhr
Abends: 19 Uhr
Sonntags u. staatl. Feiertage
Morgens: 7 Uhr 30
Abends: 19 Uhr 30

Gottesdienste:

Schabbos TRUMOH
Freitagabend: 19 Uhr
Ansprache
Schabbosmorgen: 8 Uhr 30
Bar Mizwah: Marcelo Pohly.
Minchah: 20 Uhr 10
Ausgang: 20 Uhr 39

Servicio Religioso de la Juventud:

Viernes a las 19 horas en la Casa de la Juventud.

Beginn der Gottesdienste am Schabbosmorgen

Wir weisen unsere Gottesdienstbesucher darauf hin, dass während der Sommermonate Januar und Februar der Gottesdienst am Schabbosmorgen bereits um 8 Uhr 30 beginnen wird.

Trauung:

Sonnabend, den 6. Februar, um 21 Uhr 30, Herr Tomas J. Riegner und Frl. Sylvia Lux.

Círculo Weekend:

SCHWIMMLEHRERIN:
Wir geben hiermit bekannt, dass ab 20. 12. uns zweimal wöchentlich, Dienstag und Donnerstag eine Schwimmlehrerin zur Verfügung steht. Anmeldungen und nähere Auskünfte an der Kasse auf dem Weekend platz.
OEKONOMIE:
Wir weisen darauf hin, dass am Samstag Abend die Oekonomie geöffnet ist und Gäste zugelassen sind

Festsaele:

Vermietung für Festlichkeiten jeglicher Art. Auskunft im Gemeindesekretariat.

Oekonomie im Gemeindehaus:

Ausrichtung von Festlichkeiten aller Art — streng koscher — übernimmt Herr Siegfried van Geldern. Zu erreichen unter T. E. 73-7625 und 791-9407.

—:o:—

ASOCIACION RELIGIOSA CONCORDIA ISRAELITA

Moldes 2449 T. E. 73-6719
GEBETZEITEN:
Schabbos T'RUMOH
Freitag, den 5. Februar:
Eingang: 19 Uhr 30
Samstag, den 6. Februar:
Schacharis: 8 Uhr 30
Gemoro Schiur: 18 Uhr
Raschi Schiur: 19 Uhr
Mincho: 19 Uhr 30
Ausgang: 20 Uhr 30
Wochentage:
Sonntag: Schacharis 7 Uhr
Montag bis Freitag, Schacharis: 6 Uhr 30, Sonntag bis Donnerstag, Minchoh: 19 Uhr 45.

BETH HAMIDRASCH

CERRITO 774
GEBETZEITEN:
Schabbos T'RUMO
Freitag, den 5. Februar:
Eingang: 19 Uhr 30
Samstag, den 6. Februar:
Schacharis 9 Uhr
Anschliessend an das Gebet „Raschi Schiur"
Gemoro Schiur: 19 Uhr
Minchoh: 19 Uhr 50
Ausgang: 20 Uhr 39
Wochentage:
Von Sonntag bis Freitag: Schacharis 7 Uhr

BET ISRAEL

Crámer 2070 Tel. 73-8922
GOTTESDIENST AM SCHABBAT TRUMA
5.—6. Februar
Freitagnachmittag: Mincha 18 Uhr 45. — Anschliessend Abendgebet.
Sonnabend: Morgengottesdienst um 8 Uhr 30, Mincha-Gottesdienst 20 Uhr, Hawdala um 20 Uhr 39.
BELLA VISTA
Jeden Sonntag um 8 Uhr 30 fährt der Omnibus zur Quinta Frisia. Anmeldungen müssen bis Freitag um 18 Uhr im Sekretariat erfolgt sein.
VERMIETUNG UNSERER RAEUMME
für jegliche Festlichkeiten. Auskunft im Sekretariat.

KEREN KAYEMET LEISRAEL — קרן קימת לישראל

COMITE CENTROEUROPEO
Corrientes 2294 — VI. Stock — T. E. 48-3695, 48-5683

Levi Eshkol subraya la importancia de la Galilea

"Carmiel y el desarrollo agrícola de la Galilea, son una y misma empresa destinada a rehabilitar la tierra, en beneficio de todos sus habitantes, viejos o nuevos, judíos o árabes" — dijo el Primer Ministro Levi Eshkol en la ceremonia de inauguración de la ciudad de Carmiel nuevo centro urbano de la Galilea. — "Estamos planeando el establecimiento de docenas de nuevos poblados agrícolas. Arrancaremos piedras y rocas, mejoraremos la tierra. No limitaremos el desarrollo de los poblados existentes; estamos literalmente creando tierra para las ideas a fundarse. Transformaremos extensiones que sólo sirven para pastos en suelo apto para el cultivo intensivo".

"El verdadero interés de todos los habitantes de la Galilea, reside en el desarrollo de la comarca, lo que traerá empleo y prosperidad para todos. La expansión de la capacidad de la Galilea de absorber inmigrantes y el papel que juega su mejoría en el programa de desarrollo del país son un eslabón más que vincula el renacimiento del pasado de nuestra tierra y de nuestro pueblo, con la construcción de su futuro".

AUS UNSERER ARBEIT

Die besten Büchsen im Monat Januar:

Letter Service — Abramczyk, Francisco Ballin, Julic Baruch, Enrique Fuchs, David Goldberger, Kurt Heumann, Pablo Kiesel, Norberto Korn, Isaak Littmann, Emma Liquornik, Marcos Mamber, Carlos Mansbach, Martin Münster, David Neuberger, Pablo Pels, Isidoro Perel, Cilly Rosarios, Celina Rosenfeld, Julio Rosenthal, Horst Spangenthal, Hilde Spitz, Ludovico Stern, Eduardo Stier, Pablo Tischler, Ida Wetzler.

Unser Telegrammdienst:

Glückwunsch- sowie Trauertelegramme und Baumdiplome bei jeder Gelegenheit, bitten wir, unter folgenden Telefon-Nummern aufzugeben:

73-9026 Sra. Weinstein
68-7404 Sra. Ehrlich
64-2966 Sra. Lubascher
54.3209 Frl. Wertheimer
48-5683 Sekretariat.
48-3695 Sekretariat

Ferner geben wir bekannt,

dass im Monat Februar unser Büro nur nachmittags von 14.30 bis 19 Uhr geöffnet ist.

BARKOJBA

Gorriti 3951 — T. E. 87-7559
BARKOJBIADA

Mit grossem Eifer wurde im Monat Januar die Barkojbiada auf unserer Quinta durchgeführt. Fussball, Volleyball, Tennis, Tischtennis, Schwimmen, Waterpolo und Golpe-Gol. Alle Altersstufen haben sich beteiligt, und der Abschluss wurde am vergangenen Sonnabend bis in die späten Abendstunden gefeiert. Eine zweistündige Show, die von der Jugend vorgeführt wurde, begeisterte alle Mitglieder. Hebräische und jiddische Lieder, humoristische Tänze, Sketch u. s. w. wurden vorgeführt. Wir gratulieren allen, die bei der Ausgestaltung dieses Abends mitgeholfen haben.

TISCH-TENNIS:
Donnerstag ab 20 Uhr 30 Training aller Mannschaften.

TENNIS-TURNIER:
Das interne Tennis-Turnier wird am kommenden Sonntag weitergeführt.

Verdiente Deutsche

Allensbach. — Rund zwei Fünftel der westdeutschen Bevölkerung halten den ehemaligen Bundeskanzler Adenauer für den „grössten Deutschen", d. h. für den deutschen Staatsmann, der sich „am meisten" um sein Land verdient gemacht hat. Bei einer Umfrage des Allensbacher Instituts für Meinungsforschung erhielten Adenauer 38, Heuss 7 und Erhard 6 Prozent der abgegebenen Stimmen. Bismarck wurde von 18, Hitler von 3 Prozent der Befragten genannt. (AWZ)

Ereignisse der Woche

(Fortsetzung der Ereignisse von Seite 4)

cher, die sich mit steigendem Interesse die Ausführungen von Dr. Abraham Gorbatt anhörten. Dr. Gorbatt stellte die Frage, ob sich nicht die Jugend Israels allzu sicher fühle, ob diese Jugend mit den ‚rechten Augen' auf die Gola blicke, ob es nicht Gefahren gäbe, die man nicht richtig einschätzen würde, weil man zu selbstsicher sei. Man müsse im Klaren sein, dass die überragende Bedeutung der Zionistischen Bewegung trotz mancher Rückschläge auch den Zionisten grosse Aufgaben auferlegen würde, über die man nachdenken müsse. Gorbatt erwähnte das ‚völlig andere' nordamerikanische Judentum. Seine Ausführungen wurden mit Beifall und grossem Interesse aufgenommen.

Anschliessend entwickelte der Leiter der Versammlung einige Gesichtspunkte, um dann zu Fragen überzugehen, die Herrn Dr. Gorbatt aus dem Kreise der Zuhörer gestellt wurden. Und siehe da: die unangenehme sommerliche Hitze war vergessen, so zahlreich waren die Teilnehmer an der Debatte und den Fragen, wobei wir es als besonders angenehm empfanden, dass auch Fragen von ganz jungen Menschen gestellt worden sind.

Man war allgemein zufrieden, einmal eine ‚andere' Meinung gehört zu haben, die Meinung eines der jüngeren zionistischen Führer des Jischuw, der vor kurzer Zeit Sekretär der DAIA und heute Sekretär der Vereinigten Kampagne ist. Und der Chronist dachte sich: es ist doch gut, dass die Kette der begabten und talentierten Menschen nicht abreisst, die immer wieder da sind, eine Lücke zu füllen, von Generation zu Generation...

Jugend nach Israel

Durch CENTRA und die Jugend der Centra ist eine Gruppe von Jugendlichen nach Israel gegangen, die dort ein Jahr ausgebildet werden, um dann hier für Jugendarbeit eingesetzt werden zu können. Hierüber wollen wir demnächst ausführlicher berichten, denn diese Jugend-Israel-Reise und Ausbildung dürfte von grosser Bedeutung sein.

Reise Dr. Rosenbergs

Herr Rabbiner Dr. Meir Rosenberg ist vor wenigen Tagen nach Israel gereist, wo er verschiedene wichtige Fragen lösen will. Herr Rabb. Rosenberg, der seit einigen Jahren nicht in Israel gewesen ist, weil er seine wichtigen Funktionen in der Galut auszufüllen hatte, wird die Gelegenheit benutzen, um sich mit den letzten Entwicklungen im Lande vertraut zu machen.

40 Jahre IWO

IWO, das Jüdisch Wissenschaftliche Institut, begeht den 40. Jahrestag ihres Bestehens. Ueber die Bedeutung der IWO braucht man an dieser Stelle keine langen Ausführungen zu machen, denn wir berichten seit Jahren über die Arbeit dieser wichtigen Einrichtung des jüdischen Lebens, die in Argentinien besonders hervorragende Leistungen, auch auf dem Gebiet der Durchführung von Kunstausstellungen aufzuweisen hat. —

UN-Mission in Israel

Jerusalem. — Aussenminister Golda Meir empfing die Sondermission, die im Auftrage des UN-Generalsekretärs U Thant nach Israel kam, um sich über die „verschlechterte" Lage an der transjordanischen Grenze zu informieren. Die beiden Delegierten, Brigadier Indar J. Rikhye, der militärische Berater U Thants, und Pier Spinelli konferierten mit Frau Meir, nachdem sie vorher Amman besucht hatten, wo sie mit dem transjordanischen Minister für Verteidigung die Situation besprochen hatten.

Die Delegation begab sich nach Elat, um in der Nähe dieser Stadt den Ort zu besichtigen, wo vor kurzem transjordanische Soldaten israelische Grenzpatrouillen angriffen, um hierauf wieder nach Jerusalem zurückzukehren und die Unterhaltung mit Frau Meir fortzusetzen. (ITA)

ב"ה

DAS SEKRETARIAT DER HEBRAEISCHEN SEKUNDARSCHULE UND LEHRERSEMINARS „TALPIOT"

teilt mit, dass ANMELDUNGEN FUER ALLE HOEHEREN GRADE DER SEKUNDARSCHULE vorgenommen werden können.

Das Sekretariat ist täglich von Montag bis Donnerstag zwischen 20 Uhr 45 und 22 Uhr im Gebäude der „TALPIOT", Bustamante 915 (86.3541) geöffnet.

Glückwunsch-, Blumen-, Geschenk- und Beileid-ABLOESUNGEN
zu Gunsten der
Asociación Filantrópica Israelita
Cangallo 1479 1° 40-4900 — 40-9535

KEHILLA PASTEUR 633 T. E. 47 - 909?-99

Die Jüdische Gemeinde von Buenos Aires fordert alle deutschsprechenden Juden auf, der Kehilla als Mitglieder oder Protektoren beizutreten. Jeder Jude, aelter als 18 Jahre, wird aufgefordert, Mitglied zu werden.

Es ist die Pflicht eines jeden Juden, der Jüdischen Gemeinde von Buenos Aires als Mitglied anzugehören. Informationen und Antragsformulare in unserem Büro, Pasteur 633, 1. Stock.

WIR BITTEN

UNSERE LESER

auf diesem Wege, von der Moeglichkeit direkter Ueberweisung der faelligen Abono-Gebühren frdl. Gebrauch machen zu wollen

Direkte Einsendung des Abono-Betrages in SCHECK — GIRO — BONO POSTAL

LA SEMANA ISRAELITA
Rueyrredón 2190, 1º izq.
Capital

Hierdurch überweise ich Ihnen den Betrag von m$n ..... aus nachstehender Abrechnung. In Erwartung Ihrer Quittung begrüsse ich Sie

..... (Name)

..... (Adresse)

N. B.: Wir bitten, Einzahlungen zu richten an: LA SEMANA ISRAELITA

Jahr 1964: ..... m/n 500.—
1. u. 2. Quartal 1965: m/n 250.—
Jahr 1965: ..... m/n 500.—

(Wir müssen uns die Erhoehung des Abono-Preises wegen der Steigerung aller Druckkosten vorbehalten. —

(Nicht gewünschte Zahlung bitte ausstreichen)

Englische Juden protestieren

London. — Eine Delegation des Board of Deputies der englischen Juden wurde bei dem westdeutschen Botschafter Hasso von Etzdorf vorstellig, um diesen auf die Notwendigkeit hinzuweisen, dass die Schuldigen an den furchtbaren Kriegsverbrechen der Nazis nicht durch den Ablauf der Verjährungsfrist dem Zugriff der Justiz entgehen dürfen. Die Delegierten machten geltend, dass die ungeheuerlichen Massenmorde, durch die ein ganzes Volk ausgerottet werden sollte, nicht wie gewöhnliche Verbrechen behandelt werden könnten

Der Botschafter hörte die Argumente der Delegation aufmerksam an und versprach, diese seiner Regierung zu übermitteln.

Der Delegation, an deren Spitze der Präsident des „Board" S. Teff stand, gehörten folgende Persönlichkeiten an: der Erste Vizepräsident Reuben Lieberman, der Präsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten Sir Barnett Janner, der Sekretär A. G. Brotman und C. Rapaport. (ITA)

Auf nach Pommern!

Der Antisemitismus treibt die seltsamsten Giftblüten. Zuweilen ist ihr Duft so penetrant, dass man meint, alle einigermassen vernünftigen und normalen Menschen würden unaufgefordert die Nase zuhalten. Aber nicht alle sind von Natur aus dagegen allergisch.

Die Sendung „Frühschoppen" des westdeutschen Fernsehens, — jeden Sonntag Mittag um 12 Uhr zu hören — gehört zu den beliebtesten der deutschen Television. Ihr Leiter Walter Hoefer, der bei diesen „Podiumsgesprächen" den Vorsitz führt, um anzuregen und ausgleichend zu wirken, falls die Meinungen zu heftig aufeinander prallen, galt bisher als honoriger, um Objektivität bemühter, fähiger Televisionsspezialist, der weiss, was das Publikum interessiert, welche Probleme an der Tagesordnung sind, und welche Männer und Frauen in der Lage sind, sachverständig über kontroverse Fragen aus allen Lebensbereichen, meistens aber über Politik, zu diskutieren. In seinem Bestreben nach Objektivität zieht er häufig Nichtdeutsche heran, so auch bereits mehrmals einen schweizer Journalisten namens Hans Fleig, der dann auch in Bild und Ton als Vertreter der neutralen Schweiz vorgeführt wird.

Jeder hat das Recht, seine Meinung zu sagen. Jeder hat auch das Recht, die Existenzberechtigung des „zionistischen Staatsgebildes" anzuzweifeln, und das jüdisch-arabische Problem auf dem Raum des Heiligen Landes für nicht lösbar zu halten, wie Fleig es hat. Wenn er jedoch im „Frühschoppen" als seine Patentlösung empfiehlt, die Israelis auszusiedeln und in den Ostgebieten des früheren Deutschen Reiches anzusiedeln, so hört die gespielte Objektivität auf und der Stürmergeist dringt ziemlich unverhüllt hervor. Eine neue „Endlösung" also, die da empfohlen wird, diesmal jenseits der Oder-Neisse-Linie!

Vielleicht hatte Herr Fleig einen „Frühschoppen" schon vorher zu sich genommen? Die Hörer im deutschen Fernsehen mussten jeden falls diesen Erguss über sich ergehen lassen — viele taten es vielleicht mit einem Schmunzeln —, und das liess auch Herr Hoefer widerspruchslos durchgehen, ohne dem Unfug sofort die Spitze abzubiegen, obwohl er als gewiegter Politiker und Journalist wissen müsste, welchen Eindruck ein derartiger „objektiv" scheinender Vorschlag zumindest bei einem Teil der Zuhörer- und Zuschauerschaft auslösen muss. Die „Neue Zürcher Zeitung" hat ganz recht, wenn sie diesen groben Unfug — anders kann man Fleiges Auftreten nicht bezeichnen — mit folgenden Worten anprangert:

„Der Gedanke einer abermaligen Verpflanzung der Israelis, diemal auf die pommerischen Kartoffeläcker, eingeklemmt zwischen zwei Völkern, die sich beide über ihre Gefühle gegenüber den Juden in überaus eindeutiger Weise historisch ausgewiesen haben, auf einem Flecken Erde, wo sie von allem Anfang an dem „Revisionismus" ihrer Nachbarn ausgesetzt und ihrer Existenz ren, wis sie es heute auf dem nicht einmal so sicher wä. Boden des Heiligen Landes sind — dieser Gedanke ist zu verrückt, als dass man ihn diskutieren könnte. Aus ihm spricht wenig mehr als nackter Zynismus."

Es ist an sich in derart eklatanten Fällen antisemitisch ausgerichteter Verstiegenheit würdiger, dem Autor mit stillschweigender Verachtung zu begegnen, oder die ganze Sache „niedriger zu hängen". Angesichts der leicht aus Tiefenwirkung des Fenrsehens und der bisher unangefochtenen Person des Herrn Hoefer, der beim „Frühschoppen" auch weiterhin die Aura der Ueberlegenheit und Neutralität ausstrahlen wird, erscheint jedoch schärfste Distanzierung geboten, die mit Ausdrücken tiefster Verachtung nicht spart, dass so etwas heute wieder — oder noch — in Westdeutschland möglich ist.

1940 — APRIL — 1965

25 JAHRE

JÜDISCHE WOCHENSCHAU

La Semana Israelita

trotz Krieg – Verfolgung – Vernichtung

BANNERTRAEGER

EINER BESSEREN ZUKUNFT

Mischehen in Kanada

Toronto. — Im Jahre 1962 wurden 16,5 Prozent Mischehen verzeichnet, im Jahre 1963 waren es 18,5. Die Erhöhung der Ziffer ist vornehmlich darauf zurückzuführen, dass nun auch mehr Mädchen Mischehen eingegangen sind; für Jüdinnen die sich mit Männern aus anderen Religionen verheiraten, ist der Prozentsatz in dieser Zeit von 5,7 auf 8 Prozent gestiegen.

Jüdisches Hospital in Rom

Rom. — Die Pläne zur Umwandlung des teilweise vollendeten Baus des Jüdischen Hospitals in ein hochmodernes Krankenhaus mit einem Altersheim wurden jetzt gebilligt. Das Hospital wird über 110 Betten und eine Abteilung für Sieche verfügen.

Die Kosten werden mit 800.000 Dollar und das jährliche Budget mit 160.000 Dollar beziffert, wie Prof. Fausto Pitigliano, der Präsident der jüdischen Gemeinde Roms angab, der allen Spendern und im besonderen dem Claims Comité und dem Joint seinen Dank aussprach. (ITA)

Pressekonferenz in London

London. — Staatspräsident Salman Shazar, der gemeinsam mit dem früheren israelischen Ministerpräsidenten David Ben Gurion den Trauerzeremonien für Sir Winston Churchill beiwohnte, empfing die Presse im Savoy Hotel. Unter den Journalisten befanden sich auch die Herausgeber israelischer Zeitungen, die mit einem Sonderflugzeug der El Al nach London gekommen waren.

Shazar verglich seine Eindrücke mit denen, die er bei dem Begräbnis Kennedys hatte, dem er auch beiwohnte. Dort, so betonte er, habe eine Atmosphähe der Tragödie, Trauer und Empörung über die Ungerechtigkeit geherrscht, während hier der Schmerz um das Ableben eines ungewöhnlichen Mannes von der Grösse seines geschichtlichen Werkes gemildert wurde. „Ben Gurion und ich" fügte er hinzu, „verspürten die überragende Persönlichkeit des Toten. Wir fühlten, dass hier ein Mann zur Ruhe getragen wurde, dessen Leben erfüllt war von all den Taten und Schicksalsschlägen, die die Existenz eines einzelnen Menschen enthalten können. Churchill war das Brüllen des kämpfenden britischen Löwen, wie er es selbst einmal ausdrückte, aber sein Schrei war gleichzeitig der Schrei der ganzen geängstigten Menschheit. Wir Juden lebten in tiefer Angst, und er lieh uns seine Stimme."

Darüber befragt, ob er Gelegenheit gehabt hätte, mit anderen Persönlichkeiten zu sprechen, erklärte Shazar, er habe sich nur mit seinen Nachbarn während der Zeremonie unterhalten und mündlich die Präsidenten Uruguays und Islands, zwischen denen er sass, nach Israel eingeladen. Beide hätten geantwortet, dass sie diese Möglichkeit in Betracht ziehen würden. Der isländische Präsident habe ihn gefragt, ob er hiernach Aegypten einen Besuch abstatten könne, worauf Shazar ihm geantwortet hatte, dass er nichts dagegen einzuwenden habe. Auf die Frage eines Journalisten entgegnete er, er habe nicht mit de Gaulle sprechen können.

Auf dem Rückweg in sein Hotel wurde Shazar von israelischen Studenten begrüsst, und viele Juden begleiteten ihn und riefen ihm „Schabbat Schalom" und „Gut Schabbes" zu.

Der Adjutant des Präsidenten erklärte, Shazar sei von dem Weg nicht ermüdet, nur hätten sie einen Umweg machen und sich eilen müssen, um rechtzeitig in der Kathedrale zu erscheinen. Sowohl Shazar wie Ben Gurion gingen zu Fuss von dem nahegelegenen Hotel Savoy, um die Schabbatgesetze nicht zu verletzen. Ein newyorker Journalist war hiervon so beeindruckt, dass er die beiden fotografierte und das Bild nach New York schickte, wo es auf der ersten Seite einer Zeitung publiziert wurde. Shazar war seit 1942 nicht mehr in London gewesen.

Israels Staatspräsident unterrichtete die Journalisten auch von den auf dem Zionistenkongress in Jerusalem gepflegten Beratungen und hob hervor, dass es die Aufgabe der israelischen Zeitungen sei, ihre Leser über die jüdischen Aktivitäten der Diaspora und der jüdischen Gemeinden ausserhalb Israels zu informieren. Er nannte London eines der wichtigsten Zentren des europäischen Judentums, und er ermahnte die Vertreter der israelischen Presse, diesem Umstand in grösserem Masse Rechnung zu tragen. Hierbei betonte er, dass er ihnen diesen Rat nicht als Präsident sondern als ehemaliger Zeitungsherausgeber erteile.

Shazar und Ben Gurion wohnten einem Empfang in der Israel-Botschaft bei. Botschafter Lurie und Ben Gurion folgten auch einer Einladung zu einem Bankett, das der englische Innenminister im Lancaster House veranstaltete. (ITA)

Ossietzky-Medaille

Berlin. — Die Internationale Liga für Menschenrechte hat den Zeithistoriker Wulf in Westberlin mit der Carl-von-Ossietzy - Medaille ausgezeichnet. Wulf ist der Verfasser der grundlegenden Dokumentationsreihe über das Dritte Reich. Der 62jährige Schriftsteller ist in Krakau geboren und war selbst KZ-Häftling.

Asche aus polnischen Lagern

Toronto. — Eine Delegation der Juden Kanadas besuchte kürzlich die Todeslager von Maidanek und Belzec, wo zwei Millionen Juden den Tod fanden. Sie nahmen eine Urne mit Asche mit, die in einem Friedhof in Toronto beigesetzt wird.

In Toronto leben 250 Juden, die nach dem Einzug der Alliierten befreit und nach Kanada gebracht wurden. Unter den Toten der beiden Lager befinden sich zahlreiche Angehörige dieser Befreiten. Diese machten Anstrengungen, dass ihnen die polnische Regierung gestatte, zumindest die Asche in ihrer Nähe bestatten zu können.

Beschlüsse des Kabinetts

Jerusalem. — Das Kabinett beschloss die Bildung eines ministeriellen Comités, das sich mit den Erfordernissen der höheren Erziehung befassen wird. Erziehungsminister Salman Aranne hatte die Gründung eines staatlichen Ausschusses zur Ueberwachung der höheren Lehranstalten vorgeschlagen, damit Pläne aufgestellt und der Unterricht nach gleichen Richtlinien erteilt werden soll, was seiner Ansicht nach keine Einschränkung der Autonomie der Landesuniversitäten darstellen müsse. Er erachtete diese Masnahme für nötig, da sich in den kommenden fünf Jahren die Immatrikulation der Studenten verdoppeln dürfte, womit sich ein Mangel von rund 1.250 Professoren und Dozenten ergeben werde, wenn man nicht rechtzeitig konstruktiv dieser Entwicklung vorzubeugen versuche.

In der gleichen Kabinettssitzung erstattete Aussenminister Golda Meir einen Bericht über politische Fragen, da Ministerpräsident Eshkol wegen eine Erkältung den Beratungen fernblieb.

Inzwischen verlautete aus sicherer Quelle, dass Eshkol im März nach London reisen wird, um mit dem englischen Premierminister Harold Wilson zu konferieren. Der Besuch wurde im Wege von Verhandlungen zwischen dem israelischen und englischen Aussenministerium vereinbart und seine offizielle Bekanntgabe in aller Kürze vorausgesagt. Es hiess auch, dass Eshkol während dieser Europareise mit dem westdeutschen Bundeskanzler Ludwig Erhard in einem europäischen Land zusammentreffen wird. (ITA)

Correo Argentino Central B
FRANQUEO PAGADO
Concesión 908
TARIFA REDUCIDA
Concesión 1629

SEMANA ISRAELITA

Año XXVI. BUENOS AIRES, VIERNES 5 DE FEBRERO DE 1965 Nº 2102

EL EJEMPLAR en toda la República 10.-

PUEYRREDON 2190 1º izq.
T. E. 83 2613
Buenos Aires

Ein moralischer Kreuzungspunkt

von KURT R. GROSSMANN

Die Flut der Veröffentlichungen innerhalb und ausserhalb Deutschlands zur Frage des Ablaufs der Verjährungsfrist für Mord am 8. Mai 1965 ist ein Beweis dafür, dass dieses Problem über Elemente der Verfassungsmöglichkeit hinausgeht. Die Entscheidung darüber ist vornehmlich eine moralische Sie wird das Deutschlandbild pro oder contra beeinflussen.

Man kann das Thema „Verjährungsfrist" nur erörtern, wenn trotz des gefühlsmässigen Charakters Fakten berücksichtigt werden, die die Politiker wohl oder übel beeinflussen. Die Propaganda gegen eine unbefristete „Sühne für Auschwitz" ist zwar auf bestimmte Blätter, wie die Deutsche Nationalzeitung und Soldatenzeitung, Das Deutsche Wort, Deutsche Wochenzeitung, Der Sudetendeutsche, Der Reichsruf und viele andere Rechtsblätter beschränkt.

Immerhin, als das Wickert Institut in Tübingen zur Frage Ende oder Fortsetzung der Prozesse eine Meinungsumfrage machte: „Man hört in letzter Zeit oft zwei Meinungen. Die einen sagen, man soll doch mit der Verfolgung der Nazi-verbrechen aufhören, die andern sagen, man solle alle diese Verbrechen sühnen. Welcher Ansicht stimmen Sie persönlich zu?" ergab die Analyse dieser Umfrage einen repräsentativen „Querschnitt aller Erwachsenen im Bundesgebiet", 63 % aller Männer und 76 % aller Frauen sprachen sich für die Beendigung der Verfolgung der NS-Verbrecher aus, während 37 Prozent der Männer und 22 Prozent der Frauen (keine Meinung: 2 Prozent der Frauen) für eine weitere Sühne waren. Die Altersgruppen der Befragten zeigten das folgende Bild: Bis zu 29 Jahre sprachen sich 61 Prozent für Aufhören aus, bei der Altersgruppe 30 bis 49 Jahre gar 78 Prozent und die Altersgruppe von 50 bis 70 Jahren 67 Prozent. Die meisten Gegner weiterer Verfolgung der Naziverbrechen findet man unter den Arbeitern (74 Prozent) und bei der mittleren Einkommensschicht (74 Prozent). In Baden-Württemberg und Rheinland/Pfalz wollen 81 bzw. 80 Prozent der Bevölkerung, dass mit den Prozessen Schluss gemacht werden solle. Die höchste Prozentzahl für eine weitere Sühne finden wir in Hessen mit 35 Prozent und Nordrhein-Westfalen 34 Prozent. Daraus kann wohl die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die Politiker in ihrer Entscheidung von dieser Massenstimmung beeinflusst sein müssen.

Der Fraktionschef der SPD, Fritz Erler, soll nach dem „Spiegel" vom 14. Dezember 1964 z. B. die Parole ausgegeben haben, die Verjährungsfrist „unangetastet" zu lassen.

Die Debatte um die Verjährungsfrist, wie sie zur Zeit in Deutschland über die Bühne geht, ist nicht neu. Ihre Problematik wurde beispielsweise ausführlichst durch einen Gesetzentwurf der SPD über die Berechnung strafrechtlicher Verjährungsfrist vom Bundestag in seiner 117. Sitzung vom 24. Mai 1960 — dem Tag der Bekanntgabe der Eichmann-Verhaftung — behandelt. Der damalige Gesetzentwurf hatte zum Ziel, den Beginn der Verjährungsfrist auf den 1. Juli 1946 festzusetzen. Damals handelte es sich um Verbrechen des Totschlags und der Körperverletzung im Amt: Verbrechen, für die die Verjährungsfrist nur 15 Jahre beträgt. Die Koalitionsparteien lehnten den sozialdemokratischen Antrag ab.

Damals erklärte der jetzige Justizminister Ewald Bucher, „dass dieser Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, so sehr seine Motive zu verstehen und zu billigen sind, uns in eine Versuchung führt, nämlich die Rechtssicherheit zu gefährden... Gerade die Sicherheit des formalen Rechts ist ein sehr hohes Gut, ein Gut, das in der nationalsozialistischen Zeit sehr gering eingesetzt worden ist." Dr. Bucher hätte sagen können, dass es in dieser Zeit überhaupt keine Rechtssicherheit für Millionen von Menschen gab (siehe Justiz im Dritten Reich, Hrsg. Ilse Staff, Fischer Bücherei, Nr. 559).

Der Bundestag hat am 9. Dezember 1964 diese Debatte anlässlich der am 19. September verkündeten Entscheidung des Bundeskabinetts, die Verjährungsfrist nicht zu verlängern, wiederholt. Wieder hat der Begriff der „Rechtssicherheit" als stärkstes Argument eine Rolle gespielt. Art. 103 Abs. 2 der im Jahre 1949 angenommenen neuen Verfassung verbiete angeblich rückwirkende Kraft der Strafgesetze. Dieser Auffassung steht eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (Bd. 1) aus dem Jahre 1952 entgegen, welche der verstorbene sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Walter Menzel in der damaligen Debatte zitierte:

„Ebenso nimmt der Beschwerdeführer zu Unrecht an, das Ahndungsgesetz verstosse gegen Art. 103 Abs. 2 des Grundgesetzes, der verbietet, dass Strafgesetze sich rückwirkende Kraft beilegen Landfriedensbruch, dessentwillen der Beschwerdeführer verurteilt worden ist, war vor der Begehung der Tat ebenso strafbar wie heute. Nur darauf aber kommt es in diesem Zusammenhang an. Art. 103 Abs. 2 GG steht daher einem Gesetz, dass die Bestimmungen über die Hemmung der Strafverfolgungsverjährung mit Wirkung auch für bereits begangene Taten ergänzt, nicht entgehen."

Eine Aenderung der Verjährungsfrist mit Rückwirkung ist demnach verfassungsrechtlich durchaus zulässig. Der CDU-Abgeordnete Dr. Ernst Benda, ein angesehener junger Jurist, bringt einen Antrag auf Verlängerung der Verjährungsfrist ein, der die Unterschriften des neuen Wehrbeauftragten Martin Hoogan, Bundeskanzler Ludwig Erhard und Altkanzlers Konrad Adenauer trägt.

Für die Verlängerung der Verjährungsfrist werden noch ein Anzahl anderer wichtiger Argumente angeführt, die es nicht notwendig machen, die Verfassungsrechtlichkeit zu prüfen oder, wie andere meinen, „aufs Spiel zu setzen". Der Hamburger Senator Gerhard Kramer hat in einem in „Die Welt" veröffentlichen Artikel nachgewiesen, dass der Termin für die Verjährungsfrist erst viel später begonnen habe: nicht etwa mit der Gründung der Bundesrepublik am 21. September 1949, sondern erst im Jahre 1955, als die Bundesrepublik ihre Souveränität erlangte. Nach einer vom Bundesjustizministerium zusammengestellten Uebersicht haben in der Periode von 1945 bis 1954 nur wenige Prozesse gegen Nazi- und Kriegsverbrecher stattgefunden. Die Festsetzung des Termins, an dem die Verjährungsfrist zu laufen beginnt, ist demnach eine Sache der Interpretation.

Eine andere Methode wäre, die Verjährung für Mord von 20 auf 30 Jahre zu verlängern und würde Ludwig Erhards Befürchtung beseitigen, dass nach Eintritt der Verjahrung die Sowjetzone mit neuem Material über Naziverbrechen an die Oeffentlichkeit tritt und dadurch der Propagandakrieg zwischen Ost und West erneut falsche Akzente erhält. Der Kanzler hatte sich bekanntlich aus Gewissensgründen für eine Verlängerung der Verjährungsfrist Anfang November ausgesprochen.

Bundesjustizminister Dr. Ewald Bucher hat mir in einem Brief vom 11. Dezember geschrieben: „Vom 9. Mai 1965 an können allenfalls wenige Personen der Strafe entgehen, nämlich diejenigen, die bis dahin noch nicht bekannt sind." Wenn dem so wäre, hätte weder die SPD noch die CDU am 9. Dezember gegen die Stimmen der FDP (!), zu der Dr. Bucher gehört, zu beschliessen brauchen, die Bundesregierung aufzufordern, bis zum 5. III. 1965 zu berichten, ob in allen in Betracht kommenden Mordfällen Ermittlungen eingeleitet seien und die Unterbrechung der Verjährung sichergestellt ist. Der CDU-Abgeordnete Dr. Weber erklärte: „Wenn diese Versicherung nicht abgegeben werden kann, werden wir uns zu diesem Zeitpunkt noch einmal ernstlich mit der Frage befassen müssen, ob nicht doch eine Verlängerung der Verjährungsfrist statthaben soll."

Der Direktor der Hauptkommission zur Untersuchung von NS-Verbrechen in Polen, J. Bumkowski, erklärte, dass allein in Polen noch 10.000 unbekannte Kriegsverbrecher registriert seien. Dr. Robert M. W. Kepner nannte dieselbe Zahl und bezeichnete sie als eine „ganz vorsichtige Schätzung".

Dr. Kempner hat auf etwa 4.000 Morde von katholischen Priestern und Laien verwiesen, die bisher nicht gesühnt seien.

Dr. Gerhard John führte in seiner Rede am 9. Dezember 1964 aus, dass weite Bereiche bisher noch nicht in Ermittlungen einbezogen seien, „und ich nenne nur wenige Beispiele stellvertretend für andere: die Wirtschaftsgruppe D des Wirtschafts- und Verwaltungs-Hauptamtes der SS, jene Abteilung der SS, die für die ganze Häftlings-Euthanasie verantwortlich war, und das Reichskommissariat Ostland; es gibt noch keine systematische Ueberprüfung des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete, obwohl dort in Einzelfällen bereits Ermittlungen gegen die Verantwortlichen des Reichssicherheitshauptamtes erst seit dem vergangenen Jahr eingeleitet sind."

Diese Beispiele mögen genügen, um der irrigen Behauptung entgegenzutreten, dass „nur wenige" Naziverbrecher von einer Nichtverlängerung der Verjährungsfrist profitieren könnten.

Seit der Beschmierung der Synagoge in Köln in der Weihnachtsnacht 1959 ist inner- und ausserhalb Deutschlands keine mit der Nazivergangenheit zusammenhängende Frage so lebhaft diskutiert worden wie die der Verjährung. Die französische Nationalversammlung hat einstimmig beschlossen, dass Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nie verjähren. Abgeordnete des englischen Unterhauses haben über den Umweg der Times-London an ihre Kollegen in Bonn appelliert. 32 Professoren aus Braunschweig befürworteten eine Verlängerung der Verjährungsfrist. Das Deutsche Fernsehen hat am 14. Dezember die Frage zu beantworten gesucht: „Gibt es noch Mörder unter uns?" Die Antwort musste im Hinblick auf die Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit bejahend ausfallen.

Dr. Nachum Goldmann und viele andere Repräsentanten jüdischer Organisationen haben sich für eine Verlängerung der Verjährungsfrist ausgesprochen. Der Zentralrat der Juden in Deutschland empfiehlt eine Verlängerung der Verjährungsfrist auf 30 Jahre und das Ruhen einer Verjährung, wenn eine Person, die ein Verbrechen begangen hat, für tot erklärt worden ist. Die Conference of Presidents der wichtigsten 17 jüdischen Organisationen hat sich in einem Telegrammwechsel mit Aussenminister Dr. Gerhard Schröder aus rechtlichen Gründen für die Verlängerung der Verjährungsfrist ausgesprochen.

Die Entscheidung über die Fortführung der Prozesse ist von grösster Bedeutung, vor allem um der Gerechtigkeit willen, die unteilbar ist.

Blick in die Welt

von HAROLD SCHWARCZ

NICHOLAS KATZENBACH wurde vom Präsidenten Johnson zum Justizminister der USA ernannt. —

Der BRITISCHE PREMIER WILSON musste seine Besprechungen mit dem amerikanischen Präsidenten Johnson verlegen. —

CHOU EN-LAI, der rotchinesische Premierminister stellte seinen Besuch in Indonesien für den Monat April in Aussicht. —

KRIEGSMINISTER GENERAL Alberto Ruiz Novoa erklärte, dass er in Kolumbien einen Staatsstreich durch rechtzeitiges Eingreifen verhindern konnte. —

Die REGIERUNG BRASILIENS ist durch das Verhalten der in Uruguay lebenden exilierten Politiker ernsthaft beunruhigt. —

ERSTMALIG VERLANGEN der Regierung nahestehende Kreise in Südvietnam die Zurückziehung des amerikanischen Botschafters. —

GENERAL MAXIME WEYGAND, französischer Heros des 1. Weltkrieges unglückliche Figur des 2. Weltkrieges, ist im Alter von 98 Jahren in Paris gestorben. —

Der PERSISCHE MINISTERPRAESIDENT, Hassan Ali Mansur, ist den Verletzungen erlegen, die er beim Attentat eines jungen religiösen Fanatikers erlitten hat. —

Prof. GOLO MANN, bedeutender Historiker, Sohn von Thomas Mann, wurde mit dem Schiller-Preis ausgezeichnet. —

Der ZWEITAEGIGE STREIK in Frankreich ist ohne ernste Folgen vorübergegangen. —

DER KREML hat beschlossen, weitere Truppen aus Europa zurückzuziehen und zur Verstärkung der russischen Positionen gegenüber China einzusetzen. —

WILLY BRANDT, Berlins Oberbürgermeister, erklärte sich gegen die Verlängerung der Verjährungsfristen, über die heute von allen Deutschen heftig debattiert wird. —

AHMED BEN BELLA, der Präsident Algiers, erklärte, dass der Islam die Grundlage des Sozialismus in Algier sein müsse. —

Im DEUTSCHEN BUNDESTAG erklärte Ausseminister Schröder, dass Nassers Besuch in Bonn an keine Bedingungen geknüpft worden sei; es sei falsch, dass die Bundesregierung als Preis für Nassers Besuch auf diplomatische Beziehungen zu Israel verzichtet habe. —

Die BUDDHISTEN SUEDVIETNAMS verlangten, dass alle nicht-buddhistischen Elemente aus der Regierung ausgeschlossen werden. —

Tod eines Nazis

Stockholm. — Der frühere SS-Major Ingemar Donar-Joelsson, der im Kriege aus Schweden desertiert war, um sich Hitler anzuschliessen, wurde in einem Hotel in Südschweden tot aufgefunden. Er sprach öfters gegen die Juden und veranstaltete zu Hitlers Geburtstag regelmässig Bankette. Zuletzt leitete er gegen die Zeitung „Expressen" und das Radio einen Ehrverletzungsprozess ein und verlangte eine Genugtuung von 400.000 Kronen. Den Prozess hat er kürzlich verloren.

USA-Tanks für Israel

Washington. — Die USA-Regierung erteilte der deutschen Bundesrepublik die Erlaubnis, Israel mittelschwere M-40-Tanks amerikanischer Fabrikation zu verkaufen, wie aus offizieller Quelle verlautete. Bonn hatte im vergangenen Herbst um diese Bewilligung nachgesucht.

Die bonner Regierung erwarb 1.000 Tanks, die jeder mit einer 90-mm-Kanone ausgestattet sind. Die Amerikaner gaben sie ab, als sie dieses Modell durch ein moderneres, das M-60 benannt wurde, ersetzten. Beamte des State Department lehnten es ab zu enthüllen, wie viele von diesen Einheiten nach Israel geliefert werden. Die von Israel gekauften Tanks sind Teil eines 80-Millionen Dollar-Abkommens zwischen Israel und verschiedenen europäischen Ländern, darunter Westdeutschland, das den Kauf moderner Waffen beinhaltet.

Die USA-Beamten erteilten die Information nur widerstrebend, weil sie den Unwillen der Araberstaaten, im besonderen Aegyptens zu erregen befürchteten. Allerdings gaben sie zu, dass die kürzliche Zunahme der sowjetischen Waffenlieferungen an die arabischen Regierungen, hauptsächlich an Aegypten, das Rüstungsgleichgewicht im Mittelosten zu Ungunsten Israels erschüttern könnten. (ITA)

Die Verteidiger Israels

Ramat Gan. — Ministerpräsident Levi Eshkol erklärte, dass Israels Heer jeden Angriff abschlagen werde, der sich „gegen unser Territorium oder gegen die Wasserquellen richtet, die unseren Boden speisen".

Auf der Eröffnungssitzung der Konferenz des israelischen Makkabi wies Eshkol darauf hin, dass bei den Paraden am Jom Haatzmaut stets nur ein kleiner Teil der militärischen Macht Israels gezeigt worden ist, „der dem Auge sichtbare kleine Teil eines Eisbergs", wie er sich ausdrückte, denn das Gros der Streitkräfte eines Volkes müsse verborgen bleiben.

Rund 400 Delegierte der 75 Makkabi-Verbände im Lande wohnten der Konferenz bei. (ITA)

Impreso en la Imprenta POLIGLOTA — Rivadavia 831

Registro de la Propiedad Intelectual Nº 826.205